

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1893 unter Nr. 4708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitschrift oder deren Raum 40 Pf., für Vereine 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Kurt I. Nr. 4186.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Sonntag, den 28. Januar 1893.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Die Lage in Frankreich.

I.

Paris, den 25. Januar 1893.

In meinem letzten Brief — erschienen im „Vorwärts“ am 6. Januar — sagte ich, daß uns neue Ueberraschungen im Panama-Scandal bevorstünden. Und sie sind nicht ausgeblieben. Während das Ministerium die Affäre eifrig zu erledigen suchte, zeichneten die Blätter Freycinet als Mitschuldigen von Reinach und Herz bei dem Versuch, die Eisenbahngesellschaften unter dem Vorwand der nationalen Verteidigung zur Einführung der Wengler'schen Bremse zu zwingen. Die Gesellschaften hätten hierbei 300 Millionen ausgegeben und die Arrangements 40 Millionen eingenommen. Infolge dessen löste sich das Ministerium noch vor der Wiedereröffnung der Kammer auf, um den Kriegsminister auf den Sand zu setzen. Aber mit Freycinet ließ man ein parlamentarisches Prinzip fallen.

Boulanger hatte jedermann die Augen über die Gefahr geöffnet, einem Militär das Ministerium des Krieges anzuvertrauen. Man legte damit tatsächlich die gesamte Wehrverwaltung in die Hände eines Generals und gab ihm die Möglichkeit zu einem Pronunziamento (Staatsstreich). Man schwor deshalb, zu den gesunden parlamentarischen Ueberlieferungen zurückzukehren, die man in England, der Wiege der konstitutionellen Regierung befolgt, und man entschied sich, für jenen Posten nur noch bürgerliche Mitglieder einer der beiden Kammern zu nehmen. Die Wahl mußte auf Freycinet fallen, der Ingenieur und der einstige Gehilfe Gambetta's war. Er schien dann das unvermeidliche Mitglied aller der zahlreichen Ministerien zu sein, welche seitdem aufgetaucht sind, und er selbst beabsichtigte, seinen Posten als Kriegsminister nur zu verlassen, um die heiß ersehnte Stellung des Präsidenten der Republik einzunehmen. Freycinet dachte man einen Augenblick durch Cavaignac zu ersetzen, aber man wählte schließlich einen General, der weder Abgeordneter noch Senator war.

Eine weitere Aufsehen erregende Eröffnung folgte in der Gerichtsverhandlung. Im Laufe seines Verhörs beschuldigte Charles Lespès den ehemaligen Minister Balhaut, 390 000 Franks empfangen zu haben, um im Jahre 1886 einen der Panama-Gesellschaft günstigen Gesetzentwurf einzubringen. Der Entwurf war von Carnot, der damals an der Spitze des Handelsministeriums stand, unterzeichnet. Die reaktionären Blätter ergriffen die günstige Gelegenheit, den Präsidenten der Republik mit in den Panama-Sumpf zu zerren. Ja, ein monarchistisches Organ in der Provinz ging soweit, zu behaupten, er habe ein Geldinstitut verpflichtet, Wilson die Summe von 70 000 Franks zurückzuerstatten, zu deren Zahlung an den Fiskus er jenen veranlaßt hatte. Und gerade dieser Akt der Lauterkeit hatte Carnot zu dem Präsidentenstuhl verholfen.

Die Orleanisten, welche im Bunde mit Constans den Verleumdungsfeldzug führen, hatten sich bisher hinter

den Kulissen gehalten. Jetzt hielten sie den Zeitpunkt für gekommen, hervorzutreten und ihren Prätendenten, den Grafen von Paris, als den von der Vorsehung bestimmten Retter der Gesellschaft und Autorität anzupreisen. Ihre Zeitungen schrien, daß man Carnot jetzt gefaßt habe, und auf dem Präsidenten der Republik dürfe, wie auf der Gattin Cäsars, kein Verdacht ruhen. Nur das republikanische Gewissen der Herren ist so empfindlich, denn sie halten Bestechlichkeit und Korruption für monarchistische Einrichtungen. Sie waren so naiv, von Carnot zu fordern, daß er abdankte, und hatten ihren Kandidaten für die Präsidentschaft schon bei der Hand. Es war der wohlbekannte orleanistische General Saussier.

Aber dieses ungeschlachte Nilpferd sollte nur dazu dienen, dem Einzug des Grafen von Paris die Wege zu ebnen. Die Blätter eilten den Ereignissen voraus und verkündeten schon eine monarchistische Restauration, die ganz Frankreich glücklich machen würde. Sie würde ihm Erlösung bringen „von seinem republikanischen Personal, das man ja soeben erst an der Arbeit gesehen hätte,“ und von dem allgemeinen Stimmrecht, „das unvereinbar sei mit der parlamentarischen Regierung, die unter der Monarchie in den Jahren 1814 bis 1848 so viel Glanz verbreitet hatte.“

„In der Republik,“ sagt der Graf von Paris in seinen vom „Figaro“ veröffentlichten Verhaltensmaßregeln für seine Getreuen, „in der Republik regiert die Kammer ohne Kontrolle; in der Monarchie dagegen regiert der König unter der Kontrolle beider Kammern.“ Und da er verspricht, nötigenfalls ohne Kammer zu regieren, so hofft er, dies zu ermöglichen „durch ein permanentes (ständiges) Budget. Das erste von beiden Kammern bewilligte Budget sollte die Geltung eines gewöhnlichen Gesetzes haben, sodas es fernerhin nur bei Uebereinstimmung aller drei Gewalten, die bei seiner Festsetzung mitgewirkt hätten, geändert werden könne. Die Krone hätte so, wie heutzutage in Dänemark und früher in Preußen, das gesetzliche Mittel, die Minister, welche ihr Vertrauen besitzen, beizubehalten, ohne dabei von der Abstimmung der Deputierten abzuhängen, welche die Minister nicht mehr durch Verweigerung der notwendigsten Geldmittel stürzen können.“ Als weitere ebenso freisinnige Reformen schlug dann der edle Graf noch vor, das Recht der Interpellation zu beseitigen, das Recht zum Vorschlag von Gesetzen nur dem Staatsrath zuzusprechen u. s. w.

Die braven Orleanisten täuschten sich in der Zeit. Ober glaubten sie in Russland zu sein? Ihr politisches Reformprogramm und ihr Feldzug gegen Carnot hatten ein so klägliches Ergebnis, daß sie ihren Präsidentschaftskandidaten zurückziehen und ihre Angriffe aufgeben mußten. Der dicke Saussier mußte persönlich vor Carnot zu Kreuze kriechen und ihm erklären, es sei ihm nie in den Sinn gekommen, ihn verdrängen zu wollen.

Der Graf von Haussonville begann nun, um den begangenen Schmier wieder gut zu machen, die Peise auf einen anderen Ton zu stimmen. In einem am 21. ds.

vom „Soleil“ veröffentlichten und von allen Blättern der Koterie abgedruckten Briefe spricht er weder von einer Umgestaltung der politischen Verfassung noch von einer Wiederherstellung der Monarchie. Dagegen bemüht er sich eifrigst, aller Welt die augenblicklich drohenden Gefahren klar zu machen, als da sind der Sozialismus, welcher in Carmaux über die öffentlichen Gewalten triumphierte, und „die besessenen Sitten, die in der Politik und an der Börse herrschen und in die uns der Panama-Prozess soeben eingeweicht hat. Sie lieferten den Radikalen und Sozialisten Material für den furchtbaren Feldzug, den sie jetzt unternommen haben. Sie werden leichtes Spiel bei ihren Predigten gegen die Reichen haben! Und was thut die Regierung? Sie läßt diesen Feldzug sich ruhig in der Presse und in öffentlichen Versammlungen entfalten. . . . Es ist ein völliger Krieg gegen das Kapital, der sich da entspinnt, u. s. w.“ Der Feind ist nicht mehr der Panamismus, sondern der Sozialismus. Und gegen ihn rüsten sich die Orleanisten. Sie denken nicht mehr daran, die Monarchie wieder herzustellen; sie wollen die kapitalistische Zivilisation mit ihren Panamisten vor den Wilden des Sozialismus retten.

Und Haussonville giebt den Reaktionären den wunderbaren Rath, „doch ja die Monarchie nicht mehr in's Spiel zu bringen, es sei denn, daß unvorhergesehene Ereignisse eintreten.“ Sie sind gezwungen, ihren König aufzugeben, wie sie schon ihren Präsidenten Saussier aufgegeben haben.

All die Ansprüche der Orleanisten gehen augenblicklich in der Hoffnung auf einen Sieg bei den in diesem Jahre bevorstehenden Wahlen auf. So rechneten sie auch im Jahre 1889 auf die Wahlen, wo sie, dank dem Boulangerismus, die Republikaner zu schlagen hofften. Sie selbst wurden geschlagen. Und es ist alle Aussicht, daß es ihnen 1893 nicht besser ergehen wird.

xv.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 27. Januar.

Noch ein Wörtchen an die Geschichtsfälscher. Der „Reichsbote“, dessen spiritus rector (leitender Geist) vor der geschichtlichen Wahrheit ebenso viel Achtung hat, wie vor der gerichtlichen, hat die Freiheit, in seiner gestrigen Nummer zu behaupten, wir hätten die Geschichte gefälscht, indem wir sagten, die Schulb Ludwigs XVI sei erwiesen gewesen. Als Zeugen gegen uns zitiert der „Reichsbote“ einige monarchistisch-pfäffische Geschichtschreiber, die den hingerichteten König als unschuldiges Opferlamm hinstellen, das nie ein Wässerchen getrübt.

Wein der „Reichsbote“ nicht so bodenlos unwissend wäre, hätte er noch ganz andere Gewährsmänner für seine

und einmal der Miße für werth, die verleumderischen Gerüchte, die über sein Haus im Umlauf waren, zu widerlegen. Ja, er verschmähte es sogar, in die Zeitungen eine Erklärung zu lanciren. Er kaufte für zwei Millionen ein prächtiges Besitzthum an den Thoren von Paris.

Sechs Wochen später meldete das „Journal“ von Bordeaux das Einlaufen zweier Schiffe, die für Rechnung der Firma Ruzingen mit Metallen im Werthe von 7 Millionen beladen waren.

Palma Werbrust und Du Tillot begriffen, daß der lächerliche Streich gelungen, aber sie allein begriffen die Sache. Als Schüler studirten sie, wie genial der Meister den finanziellen Puff in Szene gesetzt hatte, kamen dahinter, daß er seit elf Monaten bereits vorbereitet worden und riesen Ruzingen als den größten Finanzmann Europas aus.

Rastignac verstand nichts davon, aber er hatte viermalhunderttausend Franks gewonnen, die ihn Ruzingen von den Pariser Schafen hatten abschneiden lassen, und setzte sie seinen beiden Schwestern als Mitgift aus.

D'Aiglemont, den sein Vetter Beaudenord doch benachrichtigt hatte, bot Rastignac zehn Prozent von seiner Million, wenn er ihm dafür Aktien auf einen Kanal verschaffe, der jetzt noch gebaut werden soll; Ruzingen hat die Regierung nämlich so tief in das Geschäft zu verwickeln gewünscht, daß die Unternehmer es ganz gern sähen, wenn der Kanal überhaupt nicht zu Ende gebaut würde.

Auch Charles Grandet hat Delphinens Geliebten, sein Geld gegen Aktien einzutauschen.

Kurz, Rastignac spielte zehn Tage lang die Rolle Lam's, den die schönsten Herzoginnen einst kniefällig gebeten, ihnen Aktien zu verschaffen. Heute mag Rastignac ein jährliches Renteneinkommen von vierzigtausend Franks beziehen, dessen

Feuilleton.

Wachdruck verboten.

10

Hans Nuzingen.

Soziale Studie von P. de Balzac.
Deutsch von Curt Baake.

Der Baron von Nuzingen war wirklich ein treuer Freund der Familie Aldrigger; er hatte es für den Fall einer Pleite so eingerichtet, daß seine besten Werthe, die Aktien auf die silberhaltigen Bleigruben das Ronto der Baronin deckten; es war jetzt nur zur größeren Sicherheit erforderlich, daß die Baronin ihn ausdrücklich zu einer solchen Verwendung ihrer Gelder beauftragte.

— Der arme Nuzingen! sprach die Baronin. Wie geht es ihm denn?

— Er ist in Belgien. Seine Frau fordert gerichtliche Gütertrennung. Er aber will bei belgischen Bankiers Stütze suchen.

— Ach Gott, das erinnert mich an meinen lieben seligen Mann. Und wie wehe müssen auch Ihnen, lieber Herr von Rastignac, alle diese Ereignisse thun, Ihnen, der Sie so eng mit dem Hause befreundet sind.

— Wenn nur alle Fernstehenden gedeckt würden! Seine Freunde wird er später schon nicht zu kurz kommen lassen, er ist gewandt und wird schon alles zum glücklichen Ausgang führen.

— Ein redlicher Mann! sagte die Baronin.

Einen Monat später war die Liquidation aller Passiva der Firma Nuzingen vollzogen. Sie war sehr einfach vor

sich gegangen. Die Gläubiger hatten die Anlage ihres Geldes in den und den Werthen brieflich verlangt, und die Bankhäuser hatten die Nuzingen'schen Wechsel gegen die begehrteten Aktien ausgeliefert.

Während Du Tillot, Werbrust, Claparon, Oignonnet und noch ein paar Leute, die sich für besonders schlau hielten, Nuzingen'sche Wechsel gegen ein Prozent Prämie aus dem Ausland zurückkommen ließen und bei dem Umtausch derselben gegen die steigenden Aktien noch verdienten, war auf dem Pariser Geldmarkt das Geschrei über die angebliche Nuzingen'sche Pleite um so lauter geworden, als keiner mehr dabei Gefahr lief.

Alles Erdenkliche wurde über Nuzingen geschwaht, man redete und latschte und fand Stoff, ihn zu verleumben. Welchen Lurus hatte er entfaltet, in welcher wahnsinnigen Unternehmungen sich eingelassen! Der Mann mußte ja zu Grunde gehen.

Wie erstaunt waren einige Häuser, als sie, während dieser Börsenkrise in höchster Blüthe stand, aus Genf, Basel, Mailand, Neapel, Genua, London Briefe erhielten, in denen ihnen ihre Korrespondenten mit geschäftsmäßiger Ruhe anzeigten, daß man hier ein Prozent Prämie für Wechsel der Firma Nuzingen böte, deren Fallissement ihnen doch gemeldet sei.

Es ist etwas im Werke, sagten die Börsenwölfe. Inzwischen hatte das Gericht die Gütertrennung zwischen Nuzingen und seiner Frau ausgesprochen.

Noch größer wurde die Verwirrung, als die Zeitungen meldeten, der Herr Baron von Nuzingen sei aus Belgien zurückgekehrt, wo er sich mit einem Großindustriellen wegen der Ausbeutung der damals ruhenden Steinkohlengruben in den Wäldern von Vossut verständigt habe.

Der Baron erschien wieder auf der Börse und hielt es

Lügen beibringen können. Denn das fromme Monarchistenvolk — d. h. die „politischen Schufte“ in der Sprache des Reichsboten — welche durch ihre schwachwollige Naivität und Sittenfälligkeit das Stragericht der französischen Revolution heraufbeschworen, haben nach dem Siege der Thermidorleute, 1795, voll vierzig Jahre lang das Monopol der Geschichtsschreibung über die französische Revolution gehabt, und sie haben Himmel und Erde in Bewegung gesetzt, um die Wahrheit unter Bergen von Verleumdungsschmutz zu begraben. Die Wahrheit hat aber glücklicherweise ein jähres Leben, und ein Ereignis, wie die französische Revolution, das einem Jahrhundert den Stempel aufdrückt, hinterläßt, gleich einer Erdrevolution, so gewaltige Spuren, daß keine Macht der Erde sie austilgen kann. Die Wahrheit der französischen Revolution ist ausgegraben worden und für jeden, der nicht lügen und fälschen will, liegt sie sonnenklar und mit Händen zu greifen in unanfechtbaren Thatfachen und Schriftstücken zu Tage. Unschuldig soll der König gestorben sein! Götter der „Reichsbote“, statt sich auf das Geschwätz von alten Weibern beider Geschlechter zu stützen, einmal die von Ludwig XVI. selbst geordneten, und in dem berühmten eisernen Schrank deponirten Dokumente gelesen, so würde er, trotz seiner notorischen Abneigung gegen die Wahrheit, nicht den Muth gehabt haben, so abern zu lügen, wie er gelogen hat.

War jemals ein Todesurtheil gerechtfertigt, dann in diesem Fall.

Und der „Reichsbote“ schwärmt ja für die Todesstrafe. Wir Sozialdemokraten sind prinzipielle Gegner der Todesstrafe, und wir haben keine Freude an der Tödtung eines Menschen, sei er König oder Bettler.

Ob die Einrichtung Ludwigs XVI. politisch klug war, ist eine Frage, die uns hier nichts angeht. Jedenfalls haben solche kein Recht zum Tode, die, auf dem Boden der gesellschaftlichen wie der staatlichen Gewaltpolitik stehend, dem Staat die Befugnis geben, gesetzlichen Mord zu üben und einen Gegner gewaltthätig zu vernichten, — und die, unter ähnlichen Verhältnissen, nur umgedreht, einen Sozialdemokraten, der dem Landesfeind nur den hundertsten Theil des Vorschubs geleistet hätte, wie Ludwig XVI. es erwiesenermaßen gethan hat, ohne sich einen Moment zu bedenken, zum Tode verurtheilen und zum Sandhaufen schicken würden. —

Und was, nach Meinung all' unserer Gegner, dem Sozialdemokraten recht wäre, das war dem König der Franzosen billig. Gleiches Recht für Alle! —

Der Bundesrath ertheilte in der am 28. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung dem Handelsvertrag mit Ägypten die Zustimmung. Von der Uebersicht der Geschäfte des Reichsgerichts im Jahre 1892 und der Nachweisung über die den einzelnen Bundesstaaten bis Ende Dezember 1892 überwiesenen Beträge an Reichs-, Silber-, Nickel- und Kupfermünzen nahm die Versammlung Kenntniß und erklärte sich mit der bereits erfolgten Ueberweisung des Gehaltens für die Eisenbahnen wegen Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über die Depostverwaltung vom 24. März 1886 an die Ausschüsse für Rechnungswesen, für Justizwesen und für Eisenbahnen einverstanden. Sodann wurde über mehrere Eingaben in Zoll- und Steuerangelegenheiten Beschluß gefaßt. Die fernere Verwendung der bisherigen Eisenbahn-Budgetformulare wurde dem Antrag des Reichskanzlers entsprechend genehmigt. Einem Gesuch wegen ausnahmsweiser Zulassung zur ärztlichen Prüfung beschloß der Bundesrath keine Folge zu geben. —

Nur immer langsam voran — damit der Kompromiß zu Stand kommen kann — das ist jetzt die Losung der Militärkommission. Gestern ist die Generaldebatte noch nicht beendigt worden — und es ist sehr fraglich, ob sie morgen zu Ende gehen wird. Inzwischen suchen die Herren Nationalliberalen dem Zentrum den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie eine „Volksbewegung“ zu Gunsten der neuen Militärvorlage organisiren — in alter bismarckisch-plebiszitterischen Weise. Doch die Zeiten haben sich geändert. Und wo diese Hampfsmänner sich als „Volk“ ans Tageslicht wagen, erwarten wir von unseren Genossen, daß sie auf dem Posten sind. Fort mit der Militärvorlage! Und fort mit diesen Einnuchen! —

Gegen die Militärvorlage sprach gestern der Kaiser bei dem Frühstück des Kaiser Alexander-Grenadier-Regiments, bei welchem er einen Toast auf den Kaiser von

Rußland, den Chef dieses Regiments, ausbrachte. Die freundschaftlichen Beziehungen zu dem russischen Kaiser, welche der Kaiser hervorhob und der anwesende russische Thronfolger bestätigte, können jedem deutschen „Patrioten“ die Gewähr geben, daß Deutschland auch mit einem Heere von 3/4—4 Millionen Mann gerüstet genug dastehe und der fünften Million nicht mehr bedürfe. —

Gewissensberuhigung. Die „Post“ sucht die schwankenden Gemüther mancher Abgeordneter für die Militärvorlage zu gewinnen, indem sie ihnen in langer Ausführlichkeit zu beweisen sucht, daß es ihre Pflicht sei, für die Militärvorlage zu stimmen, auch wenn sie wissen, daß sie damit im Widerspruche zu dem Willen ihrer Wähler stehen. —

Vor der eigenen Thür fegen! Herr Binder schimpft über einige auswärtige Zeitungen (eine englische und eine österrreichische), weil diese gesagt, in Berliner Regierungskreisen habe man Befürchtungen hinsichtlich Rußlands. Warum „hängt“ Herr Binder die Artikel seines eigenen Blattes nicht „niedriger“, in denen er für die Militärvorlage Stimmung zu machen sucht? Und die Militärvorlage ist doch offenbar solchen Befürchtungen entsprungen. Oder ist etwa Rußland nicht die eine Front, wenn Herr von Caprivi das Stedenpferd des Krieges gegen zwei Fronten reitet? Will Herr Binder nicht, daß der Teufel an die Wand gemalt werde, dann wende er sich an die Adressen derer, die mit ihrer Militärvorlage diesen Teufel heraufbeschworen haben. —

Vermehrung der Fabrikspektoren. Nach der dem preussischen Etat für 1891/92 angehängten Denkschrift für die künftige Regelung der Gewerbe-Inspektion sollen dem Beamtenpersonal dieses Dienstzweiges in dritten Organisationsjahr 3 Regierunge-Gewerbeämter und 25 Gewerbe-Inspektoren hinzutreten. Von den letzteren sollen nach dem Etatsentwurf für 1893/94 jedoch zunächst nur 18 fest angestellt, die übrigen 7 vorläufig auftragweise angenommen werden. Danach sind mehr als im laufenden Etatsjahre an Gehalt erforderlich für drei Regierunge-Gewerbeämter 15 800 M., für 18 Gewerbe-Inspektoren 75 000 M., zusammen also 90 800 M., wodurch der Gesamtbeitrag der Gehälter der fest angestellten Fabrikaufsichts-Beamten auf 344 100 M. steigt.

Außerdem werden für 7 auftragweise einzunehmende Gewerbe-Inspektoren 25 200 M. und für 9 Gewerbe-Inspektionsassistenten 27 000 M. mehr als im Vorjahre gefordert, womit die Kosten für die nicht fest angestellten Beamten der Gewerbe-Inspektion auf 193 150 M. steigen, so daß, abgesehen von den Vorgesetzten-Zuschüssen, den sachlichen Kosten, Reisekosten u. d. d. persönlichen Kosten dieses neu organisirten Dienstzweiges den Etat des nächsten Jahres bereits mit 548 250 M. belegen. —

König Stumm führt scharfes Regiment. Nicht bloß im Saarrevier, sondern im ganzen Umfange des kapitalistischen rheinisch-westfälischen Gebietes ist er der strenge Herr, dessen Weisungen Staat und Kirche zu dienen haben. In Essen sah sich der Oberbürgermeister Zweigert genöthigt, in der Stadtverordneten-Versammlung in langer Rede sich zu verteidigen gegenüber den Angriffen des Bergbauischen Vereins, weil er nicht scharf genug gegen die Bergleute vorgegangen sei, sondern sich innerhalb der gesetzlichen Vorschriften bewegt habe. — Das in Witten vom Superintendenten König herausgegebene „Kirchliche Gemeindeblatt“ hatte während des Streiks geschrieben:

„Das die Bergleute ohne allen Anlaß den Arbeiterausstand unternommen haben sollten, läßt sich kaum annehmen, genaue Darstellungen der Sachlage liegen aber noch nicht vor, und ungewißheit ersieht es, daß die Sozialisten ihre Hand im Spiele haben und durch Bedrohungen die Theilnahme am Ausstande befördern.“

In späteren Nummern schrieb das fromme Blatt, daß es annehme, die sozialdemokratischen Vergehungen seien fast der einzige Anlaß zum Streik gewesen. Die bloße Voraussetzung, daß die Bergleute „nicht ohne allen Anlaß“ gestreikt hätten und daß die Hegeleien nicht der ausschließliche, sondern nur „fast“ der einzige Grund zum Streik gewesen seien, setzt die Kapitalprogen schon so in Aufregung, daß bereits gemeldet wurde, „hochangesehene“ Männer hätten deshalb das fromme Blatt abbestellt, und dieses Blatt selbst thut alles mögliche, um sich wieder von der Ungnade der „christlichen“ Kapitalprogen zu befreien. —

Die Kohlenbarone sind während, daß die Marine-Verwaltung sich den Machtgeboten ihrer Ringe ent-

zogen. Ihr paßt der Preis nicht, welchen die deutschen Kohlenbarone diktirten, und sie bezog die Kohlen um 90 000 M. billiger aus England. Ein Berggeschrei erhebt die Kapitalisten-Presse über diesen Hochverrath an der deutschen Industrie, und die Grubenbesitzer fühlen plötzlich Mitleid mit ihren armen deutschen Arbeitern, die durch den Bezug ausländischer Kohlen geschädigt seien. In der Budgetkommission wurden gestern, wie schon gemeldet, die nationalliberalen Kapitalistenvertreter Möller und Hammacher mit ihren Angriffen gegen die Marineverwaltung noch zurückgeschlagen; im Reichstage werden sie jedoch nicht ermangeln, ihren Sturmlauf fortzusetzen.

Herr Möller hält es nicht „unter seiner Würde“, sein Reichstagsmandat, dessen Ungültigkeit von der Wahlprüfungs-Kommission beantragt wird, immer noch auszuüben. Hierher mag der offiziöse Binder seine Bemerkungen über die „Würde“ der Reichstags-Abgeordneten richten. Freilich, Herr Möller ist ein großer „Patriot“ und wird für die Militärvorlage und für die Stenervorlagen, zumal soweit sie nur die großen Volksmassen treffen und die Kapitalisten schonen, stimmen. —

Gelogen, und wieder gelogen! Von den letzten Arbeitslosen-Versammlungen sagt ein hiesiges Klatschblatt, in allen vier Versammlungen hätten die „fraktionellen“ einen „schweren Stand“ gegen die Unabhängigen gehabt. „Schwerer Stand“ mit wem? Da besagtes Klatschblatt, das in Berlin von niemand ernst genommen wird, auswärtig ziemlich verbreitet und nicht gekannt ist, so sei bemerkt, daß die „Unabhängigen“, mit denen wir einen „schweren Stand“ gehabt haben sollen, Brüder der berühmten Steifleinemen des tapferen Vitters Falstaff*) waren. —

Schimpfende Schatten. Wir haben schon oft von toll gewordenen Hammeln gehört, und in Friedrichstraße haben wir einen „widerspenstigen Reihnam“, der in seinem Satz von einer alten Raketenkiste noch herumspoltert — auch von singenden Bäumen und Quellen haben wir in Tausend und eine Nacht gelesen — schimpfende Schatten sind aber eine Neuheit. Beschreiben läßt sich das Ding nicht — man muß es gleich hören. Hört!:

Endlich! Bei dem Zusammenritt des preussischen Landtags und später des Reichstags wurde von uns die bestimmte Erwartung ausgesprochen, die nationalliberalen Abgeordneten in beiden Parlamenten würden der Regierung ihre Sünden vorzürden und insbesondere dem Herrn Grafen Caprivi jeden Zweifel benehmen, daß der Bestimmung, über den er sich wiederholt beklagt hat, vor allem auf ihn als Krankheitsverreger zurückweist. Nicht nur fortitor in re, so schrieben wir damals, sondern auch fortitor in modo wolle das deutsche Volk seine Vertrauensmänner auftreten sehen. Die Hoffnung ist zum Schaden des Landes und der Partei bisher nicht in Erfüllung gegangen. Herr v. Bennigsen freilich sprach in der ersten Lesung der Militärvorlage von den „großen und kleinen Hehlern“, welche die Regierung gemacht. Auf eine detaillierte Begründung dieses Urtheils konnte der Parteiführer bei jener Gelegenheit sich nicht einlassen, da die vorliegende hochwichtige Angelegenheit eine eingehende sachliche Erörterung heischt. Der Reichskanzler machte sich das zu Nutze und, wie gewöhnlich, von seiner Fähigkeit, unangenehme Wahrheiten zu überhören, Gebrauch. Speziellen Vorhaltungen gegenüber wäre Schwiegen unmöglich gewesen, aber die Staatsdebatte, also die herkömmliche Gelegenheit, Regierungsmisregeln einer Kritik zu unterziehen, ließ der nationalliberale Redner fast gänzlich ungenutzt verstreichen. Bei der Reizung des neuen Kartells, sich Selbstäußerungen hinzugeben, konnte ihm die schärfere Sprache der Parteipresse allmählig mit Recht als das erscheinen, als was er sie zu betrachten sich den Anschein gab, nämlich als Nögelei. Hierin haben nun die freimüthigen Männer vom deutschen Klein Wandel geschäft. Auf ihre Beschlüsse bezieht sich unser „Endlich“, denn nach einer Aufforderung an die Gesamtleitung der Partei und die Fraktionen, wie sie das Zentralkomitee für die Rheinprovinz hat ergeben lassen, muß die volle Gewährung folgen, wenn anders man sich nicht selbst zu schädigen gedenkt. Die bevorstehende zweite Lesung des Etats bietet bei vielen Kapiteln Gelegenheit, der Regierung reinen Wein einzuschmecken, und das Mistrauen, welches die national gesantene Kreise in die Politik des Reichskanzlers setzen, zu begründen. Ist einmal der Entschluß gefaßt, diesen Weg zu betreten, so bedürfen die Abgeordneten sicher keiner weiteren Fingerzeige aus Volkskreisen. Nur könnte sich die Anschauung geltend machen, daß an Geschicktem, das nicht mehr ungeschickten zu machen ist,

*) Eine komische Figur Shakespeares — ein Prahlhans, der bei einer Gelegenheit eine furchterliche Schlacht mit einer Schaar „Steifleinemen“ gehabt haben will, die er — zusammenlog.

Ursprung aus den Aktien auf das silberhaltige Bleiwerk herrührt.

— Wer hat denn nun aber eigentlich verloren, wenn jeder gewinnt? fragte Finot.

„Schluß!“ sprach Virion. „Durch eine falsche Dividende verleitet, die sie einige Monate nach dem Austausch ihres Geldes gegen die Aktien empfingen, behielten der Marquis von Niglemont und Beaudenord die Aktien in der Hand (ich nenne statt aller Andern nur die Beiden); ihre Kapitalien verzinsten sich um drei Prozent höher und sie sangen Nuzingen's Lob in allen Tonarten und nahmen ihn sogar während der Zeit in Schutz, wo er der Zahlungseinstellung verdächtig war.“

Godefroid heirathete seine theure Frau und erhielt als ihre Mitgift hunderttausend Franks in Bergwerksaktien. Aus Anlaß dieser Hochzeit gaben die Nuzingen einen Ball, der an Pracht jede Vorstellung übertraf. Delphine verheirathete den jungen Vermählten einen prachtvollen Rubinenschmuck. Frau tauchte nicht mehr als Mädchen, sondern als glückliche junge Frau. Die kleine Baronin war mehr als je zuvor Alpenchäferin. Malvine aber mußte hören, wie ihr Du Tillet mitten im Ball trocken rieth, Frau Desroches zu werden.

Desroches, den Nuzingen und Massignac bearbeiteten, wollte die Gelegenheit in raschem Gang bringen, sobald er aber das erste Wort von der Mitgift in Bergwerksaktien hörte, brach er sofort die Verhandlungen ab und wandte sich wieder den Matifat's zu.

In der Rue du Cerche-Midi aber stieß der Advokat auf die verdamnten Kanalaktien. Gignonet hatte den alten Matifat damit ausgestopft, statt ihm bares Geld zu geben.

Armer Desroches! Er sah Nuzingen's Geldharte auf den beiden Ausflauern, auf die er gezielt hatte.

Wald brach die Katastrophe herein. Die Gesellschaft Claparon machte zu viel Geschäfte. Sie gerieth in Zahlungsstörungen und hörte auf, Zinsen zu bezahlen und Dividenden zu vertheilen, obgleich ihre Operationen nicht schlecht standen.

Zu diesem Unglück gesellten sich die Ereignisse des Jahres 1827. Zwei Jahr später stürzte Claparon von seinem Postament zu Boden: die beiden Finanzkolosse konnten ihn als Strohmann nicht länger brauchen, er war zu bekannt geworden.

Die Aktien der Gesellschaft fielen von 1250 auf 400 Franks, obwohl ihr innerer Werth 600 betrug. Nuzingen konnte ihren inneren Werth und kaufte sie auf.

Die kleine Baronin von Aldrigger aber hatte ihre Bergwerksaktien, die nichts eintrugen, verkauft und Godefroid verkaufte die Aktien seiner Frau aus dem nämlichen Grunde. Dagegen hatte Beaudenord und die Baronin gleichfalls seine Bergwerksaktien gegen Aktien der Gesellschaft Claparon ausgetauscht. Ihre Schulden zwangen sie zum niedrigsten Kurse zu verkaufen. Statt der siebenmalhunderttausend Franks, die sie für die Aktien gegeben hatten, erhielten sie zweimalhundertdreißigtausend Franks wieder.

Davon bezahlten sie ihre Schulden, den Rest legten sie kluger Weise in dreiprozentigen Staatspapieren zum Kurse von 75 an.

Godefroid, der glückliche, sorgensfreie Junggesell, der solange nur seinem Behagen gelebt, hatte ein Weibchen auf dem Halse, das sich so dumm wie eine Gans erwies und ihm sein Unglück nicht erleichtern konnte. Nach Verlauf eines halben Jahres hatte er die Verwandlung seines „geliebten Gegenstandes“ in ein Geflügel bemerkt. Außerdem mußte er für die verarmte, püperpichte Schwiegermutter sorgen. Beide Familien waren nämlich zusammengezogen, um nicht ganz dem Untergang zu verfallen.

Godefroid konnte nicht mehr anders, er mußte all seine erlatheten Protektionen wieder aufwärmen, um nur einen kleinen Posten mit tausend Thaler Gehalt im Finanzministerium zu erhalten.

Seine Freunde? . . . Im Wade! . . . Seine Verwandten? . . . erstaunt, versprechend: „Der Tausend auch, lieber Baron! Aber Sie können sich auf mich verlassen, armer Mann!“ Eine Viertelstunde nachher war alles vergessen.

Nuzingen's Einfluß verschaffte Beaudenord endlich die Stelle. Die achtbaren, unglücklichen Leute wohnen jetzt in der Rue Mont-Thabor im dritten Stockwerk über dem Hochparterre.

Malvine, die Enkel-Perle der Adolphus, besitzt nichts. Sie ertheilt Klavierunterricht, um ihrem Schwager nicht zur Last zu fallen. Schwarz, lang, hager, trocken, gekleidet sie einer Mumie aus den Ruinen von Passalacqua, die in Paris herumwandelt.

Im Jahre 1830 verlor Beaudenord seine Stellung, und seine Frau beschenkte ihn mit dem vierten Kinde. Acht Menschen und zwei Diensthoten. (Wirth und seine Frau.) Einkommen: achtaufend Franks Renten.

Die Bergwerks-Aktien werfen jetzt so beträchtliche Dividenden ab, daß eine Aktie zu tausend Franks tausend Franks Rente abwirft. Massignac und Frau von Nuzingen haben die von Godefroid und seiner Schwiegermutter verkauften Aktien angekauft.

Die Julirevolution hat Nuzingen zum Pair von Frankreich und Großoffizier der Ehrenlegion gemacht. Obwohl er seit 1830 nicht mehr liquidirt hat, soll er doch ein Vermögen von sechs- bis achtzehn Millionen besitzen.

Auf die Juli-Ordonnangen hin machte er all sein Geld flüssig und kaufte läh die dreiprozentigen Staatsanleihen, die auf 45 gesunken waren. Der Hof glaubte, er thäte es aus Ergebenheit, er verdiente aber gemeinschaftlich mit Du Tillet drei Millionen daran.

Kürzlich kam er auf dem Wege nach dem Bonlogner Wäldchen durch die Rue Rivoli. Unter den Arkaden sah er die Baronin von Aldrigger. Sie trug eine grüne Kapotte mit rosenrothem Futter, ein geklammertes Kleid und einen Umhang, kurz, die kleine Orelin war mehr wie je Alpenchäferin. Die Ursachen ihrer Verarmung hat sie ebenso wenig begriffen, wie die Ursachen ihres Reichthums. Sie stützte sich auf die arme Malvine, das Muster heroischer Aufopferung. Das Mädchen sah aus, als wäre es die alte Mutter, während die Baronin so ausfah, als wäre sie das junge Mädchen. Wirth folgte ihnen mit einem Regenschirm.

besser nicht erinnert werde. Diese Meinung wird im Lande nicht geteilt werden. Das Land will dem neuen Kurs den Spiegel vorgehalten wissen. Dazu ist die Aufzählung aller für ihn charakteristischen Handlungen vonnöthen. Dahin gehören u. a. die Mißhandlung, welche Fürst Bismarck durch die Regierung bei seinem Wiener Aufenthalt erfahren hat, und die Rede des Königs in der Militärkommission, durch welche das Reich nach mehr als einer Seite hin kompromittirt worden ist. Aus der dumpfen Gedrücktheit unseres staatlichen Lebens vermag nur die Wahrheit, die volle Wahrheit zu befreien.

Natürlich nennt der schimpfende Schatten sich eine nationalliberale Mannesseele. Und wenn er, wilden Grimmes, in den Reichstag huscht, dann verschwindet er flugs in einem Klausloch. Geht's dem „widerpenstigen Leichnam“ doch selber nicht besser. Muth aus der Ferne und Muth in der Nähe sind zwei verschiedene Dinge. —

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

Sie haben bereits Notiz genommen von der Cides-Angelegenheit des Genossen Stec, die im großen Rathe (Landtag) des Kantons Bern spielte; erlauben Sie mir nun, noch kurz darauf zurückzukommen. Genosse Stec war infolge seiner Cidesverweigerung mit allen gegen ein halbes Duzend Stimmen von den Herren Großräthen sozusagen aus den heiligen Hallen ausgewiesen worden. Die Weisheit dieser intoleranten Fanatiker besteht bemerkenswerther Weise aus sogenannten „Radikalen“, die im eidgenössischen Parlament die Gruppe der „Kulturkämpfer“ bilden und mit einem komischen Eifer darüber wachen, daß die Ultramontanen nicht zu annohnen werden. Die Presse dieser Ultramontanen erweist sich nun in der Cides-Angelegenheit freisinniger als ihre kulturkämpferischen Antipoden, sie verurtheilt nämlich die Intoleranz der Radikalen und verlangte die Zulassung Stec's bei Ablegung eines bloßen Gelübdes. Aber nicht bloß Intoleranz, sondern auch ein starkes Stück Dummheit übten die Radikalen, da es unter ihnen ohne jeden Zweifel eine ganze Anzahl giebt, die ebenso wenig wie Stec an einen persönlichen Gott und was drum und dran hängt, glauben. Ebenso gottlose Demokraten außerhalb des Kantons Bern erblühten in dem konsequenten Auftreten Stec's nur „Gefühlsmacherei“, und der Bernische Große Rath bezeichnete dasselbe in der Beantwortung des Stec'schen Returces als eine „Demonstration“. Nun, der Bundesrath gab einstimmig auf seinen Refus hin Genossen Stec recht, und damit den konventionellen Rügern des Großen Rathes unrecht. Nicht ohne Interesse ist auch, daß kurz nach der Abweisung Stec's derselbe Große Rath in die revidirte Kantonsverfassung die Bestimmung aufnahm, daß statt des religiösen Cides auch ein Gelübde geleistet werden könne. Der Vorgang scheint für die Herren demnach doch lehrreich gewesen zu sein.

Unter der Leitung der organisirten Arbeiterschaft in Zürich ist die Sache der Arbeitslosen zu einer Tagesfrage geworden. Das Gesuch an die Behörden um Arbeitsbeschaffung hat infolge Erfolg gehabt, als Straßenarbeiten zugesichert worden sind. Der Stadtrath theilt sich durch seinen Präsidenten (Bürgermeister) und zwei Armen-Unterstützungsvereine ebenfalls durch Vertreter an der Arbeitslosen-Kommission der organisirten Arbeiter. Die Stadt hat ein größeres städtisches Gebäude zur Verfügung gestellt, in dessen geheizten Räumen sich die Arbeitslosen aufhalten können. Gleich hat die Arbeitslosen-Kommission in demselben ein Bureau errichtet zur Vermittlung von Arbeit und Unterstützung. In einer Kaserne wurde eine Arbeitslosen-Küche errichtet, wo täglich 600 Personen gespeist werden. Weitere Arbeitslosen-Küchen und Wärmehallen sollen eingerichtet werden. Die Zahl der bei der Arbeitslosen-Kommission bis in die letzten Tage gemeldeten Beschäftigungslosen beträgt 900, wovon mehrere Hundert Familienväter sind und somit außer ihnen auch ihre Familien Noth leiden.

Ein Muster, wie man Beschwerden von Staatsarbeitern erledigt, könnten sich die monarchischen Regierungen an der Schweiz nehmen. In der eidgenössischen Waffenfabrik führten die zur Leitung bestellten Offiziere ein Regiment, in dem sich die Nachahmung preussischer Offizierschneidigkeit deutlich erkennen ließ. Die malträdirten Arbeiter organisirten sich, publizirten die Mißstände im genannten Etablissement unter scharfer Verurtheilung in der Presse und wandten sich beschwerdeführend an das eidgenössische Militärdepartement (Kriegsministerium), das nun nicht nach berechtigten Klagen die Beschwerdeführer maßregelte und die ihre Stellung schwächlich mißbrauchenden Beamten belohnte und beförderte, sondern aus den Herren Justizmajor Danisch, Fabrikinspektor Kaufschuch und dem sozialdemokratischen Arbeitersekretär Greulich eine Untersuchungskommission bestellte. Auf diese Weise dürften die Arbeiter bestimmt zu ihrem Rechte kommen und die übel angebrachte Schneidigkeit etwas abgestumpft werden. —

Das italienische Panama wird immer französischer. Gestern verurtheilte es einen gewaltigen Kammerstempel, Giolitti widersetzte sich einer parlamentarischen Untersuchung — ganz wie weiland seine französischen Kollegen. Er ersucht noch, ganz wie sie, einen kleinen parlamentarischen Sieg, und ganz wie sie wird er demnächst in der Gasse

— Sehen Sie die Leuten da! sprach Nuzingen zu dem Minister Cointet, mit dem er spazieren fuhr. Ich habe mich vergeblich bemüht, ihr Glück zu machen. Der Sturmwind der Prinzipien ist jetzt vorübergeraht, Sie könnten den armen Beaudenord wieder anstellen.

Nuzingen's Bemühungen verhalfen Beaudenord wieder zu seinem Posten im Finanzministerium; und die Mitglieder rühmen den Baron als einen Heros der Freundschaft. Er ladet sogar die kleine Alpenchäferin und ihre Töchter regelmäßig zu seinen Bällen ein.

Kein Mensch in der Welt aber kann erklären, wie Nuzingen dreimal ohne Einbruch das Publikum bestehlen wollte und wie es, wider seinen Willen, von ihm bereichert worden. Wer nun noch sagen wollte, daß die hohe Finanz oft eine Wüdergrube ist, würde sich der schwärzesten Verleumdung schuldig machen.

Wenn die Effekten steigen und fallen, wenn sich der Werth der Papiere erhöht und sinkt, so hängt diese Ebbe und Fluth vermuthlich auch, wie das Wetter, vom Monde ab, und Herr Krugo verdient schweren Tadel, daß er über diese wichtigen Phänomene noch keine wissenschaftliche Theorie aufgestellt hat.

Für uns aber geht eine Geldwahrheit daraus hervor, die ich noch nirgends geschrieben gefunden habe . . .

„Welche denn?“
„Der Schuldner ist stärker als der Gläubiger!“
„O“, rief Blondet, „ich sehe in unseren Reden die Umschreibung eines Kupferruchers Montesquieu's, worin er den „Geist der Gesetze“ gleichsam verdichtet hat.“
„Worin?“ fragte Finot.
„Die Gesetze sind Spinnweben, durch welche die großen Fliegen hindurchgehen, in denen die kleinen aber hängen bleiben!“

„Nebenan sind Leute!“ rief Finot, als er uns weggehen hörte.

„Leute sind immer nebenan!“ erklärte Bizou. Er schien angetrunken zu sein.

Ende.

liegen, im Schmutz zappelnd und — in guter und zahlreicher Gesellschaft. —

Portugiesisches Panama. Wo Alles panamat kann Portugal allein nicht Tugendeselei treiben. In den portugiesischen Staatsbahnen sind großartige Betrügereien und Schwindelereien entdeckt worden. Ein Interpellationsversuch in der Kammer (den Cortes) wurde von der Regierung und ihrer gefügigen Majorität rasch unterdrückt. Die Sache — so hieß es — gehört nicht vor die Kammer, sondern vor die Gerichte — und die Gerichte, so hofft man, werden den Skandal begraben. Nun, vielleicht kommt's anders; die Gerichte sind zwar ganz in den Händen der Regierung, allein die Opposition hat sich der Angelegenheit bemächtigt, und mit der Macht der Regierung ist es nicht weit her. —

Frankreich. Das Ministerium hatte gestern wegen der Geheimgelder eine parlamentarische Schlacht zu bestehen, erhielt aber schließlich ein Vertrauensvotum mit 303 gegen 182 Stimmen. Der Weg zur Ministerkrise ist in Frankreich mit Vertrauensvoten gepflastert. Bezüglich der Lage in Frankreich verweisen wir auf unseren heutigen Leitartikel (dem morgen ein zweiter folgen wird) aus der Feder eines unserer berufensten französischen Genossen. —

Das Herrscherhaus Rothschild. Man schreibt uns aus Paris, den 23. Januar 1893:

Der 21. Januar 1893, der hundertjährige Gedenktag der Hinrichtung Ludwig XVI., hat der Dynastie Rothschild, welche die Erbschaft des angefallenen Königthums von Gottes Gnaden angetreten hat, einen neuen entscheidenden Sieg gebracht. An diesem Tage sanktionirte der Senat das unmittelbar vorher von der Abgeordnetenkammer angenommene Gesetz, welches der französischen Bank (Banque de France) die Ausgabe einer neuen halben Milliarde in Banknoten gestattete. Was bedeutet dieser Vorgang? Die französische Bank, welche zwar staatlich übermächtig wird, deren Kapital sich aber in Privathänden befindet, besitzt bekanntlich seit den Zeiten des ersten Kaiserreichs das Vorkrecht, allein im ganzen Lande Banknoten auszugeben. Dieses Privileg, das schon mehrere Male erneuert wurde, erlischt im Jahre 1897. Da nun die jetzige Abgeordnetenkammer und der Senat der hohen Finanz gegenüber sehr gefällig sind, und man durchaus nicht voraus berechnen kann, ob dies bei der neu zu wählenden Volkvertretung ebenso der Fall sein wird, so hat die Bank im vergangenen Sommer die größten Anstrengungen gemacht, um die Erneuerung des Privilegs vor den Neuwahlen bewirkt zu erhalten. Es kam auch thatsächlich dank der Bereitwilligkeit der Regierung zur Generaldebatte, und sicherlich hätten die Finanzherren trotz des energischen Widerspruchs der Linken, als deren beredete und sachkundige Wortführer sich namentlich Millerand und Pelletan auszeichneten, den Sieg davon getragen, wenn nicht die Macht der Ereignisse ihre schlaun Berechnungen zerstört hätte. Bei der Erregung, in welche der Streik von Garmay und der Panama-Standal ganz Frankreich versetzten, war es unmöglich, die Erneuerung des Privilegs der Bank zu distilliren; und es steht jetzt außer allem Zweifel, daß erst die künftige Kammer sich darüber zu entscheiden haben wird, ob sie die Verwaltung des Hauptvermögens des öffentlichen Verkehrs noch länger einer Handvoll von Börsenlern überlassen, oder dieselbe dem Staate anvertrauen will. Da die Bank dies sehr genau weiß, so bemüht sie sich, von der jetzigen gehorsamen Kammer noch so viel Vortheile zu erlangen, wie eben möglich; und so hieß es vor ein paar Wochen plötzlich, die Bank könne kein Papiergeld mehr ausgeben, die gesetzliche Grenze der Banknotenfabrikation sei erreicht, das Publikum müsse sich darauf gefaßt machen, künftig nur Metall an den Schaltern der Bank zu erhalten, was für den Verkehr ein großes Hinderniß bedeuten würde. Die Presse malte das in grellen Farben aus und labelte schon von den Frachtfuhrwerken, welche man künftig zum Transport des Goldes und Silbers mit zur Bank zu nehmen hätte, sobald es sich darum handeln würde, eine bedeutendere Summe einzulassen. Kaum hatte man das Jammerlied über das so urplötzlich eingebrochene Verhängniß, das man natürlich seit langer Zeit voraussehen konnte, angestimmt, da brachte auch schon der Finanzminister Tirard ein Gesetz ein, welches der Bank gestattete, zu den bisher in Banknoten ausgegebenen 1/2 Milliarden noch eine halbe Milliarde hinzuzufügen. Verhandlung und Abstimmung über die Vorlage sollten augenblicklich erfolgen; den überraschten Mitgliedern der Opposition ließ man kaum die Zeit, den Gesetzentwurf durchzusehen; an eine eingehende Prüfung der finanziellen Lage der Bank war garnicht zu denken. In der Kammer und im Senat betonte die Regierung vor allem, man dürfe es nicht dahin kommen lassen, daß die Bank gendigt würde, sich ihres Kassenbestandes an Gold, der sich jetzt auf 1700 Millionen belaufe und den Kriegsschatz des Landes bilde, zu entäußern; dazu würde sie gezwungen sein, wenn sie kein Papiergeld mehr ausgeben könnte. Das Gesetz ging nach etwa zweistündiger Debatte in der Kammer durch; da schlug ein Abgeordneter vor, um den Kriegsschatz des Landes auch wirklich zu sichern, möge man bestimmen, daß der Kassenbestand der Bank an Gold nicht unter 1800 Millionen heruntergehen dürfe. Die intelligente Kammermajorität, welche zu dieser unerwarteten Frage von der Finanz keine Instruktionen erhalten hatte, war ratlos, und, als es an die Abstimmung ging, fand sich eine Mehrheit zur Annahme des Zusatzparagraphe zusammen. Nun setzten sich aber die Herren Léon Say, Burdeau, Tirard und andere Vertreter der Kapitalinteressen vertheilt zur Wehr, und nach dreistündigem geschickten parlamentarischen Wandern stückte man dem Zusatzparagraphe noch ein Amendement auf, um schließlich über den ganzen Paragraphe noch einmal abstimmen zu können und ihn dann zu verwerfen. Hören wir nun den Sprecher der Opposition, Camille Pelletan, selbst, wie er am folgenden Tage mit epigrammatischer Schärfe in der „Justice“ die seltsamen Vorgänge in der Kammer erklärte: „Der Widerspruch“, schrieb er, „ist handgreiflich. Man fordert schleunigst das Recht, eine halbe Milliarde in Papier auszugeben, um den Goldstock zu bewahren; und sofort darauf weigert man sich, ihn zu bewahren. Wie erklärt sich das? — Jedes Kammermitglied wachte es. Die Bank häuft diesen Goldstock nicht für Frankreich, sondern für Herrn von Rothschild auf. Es ist kein Geheimniß, daß Herr von Rothschild eine besondere Vorliebe für Metalloperationen hat. Namentlich hat er auf's Kupfer spekulirt und sich bei Zeiten zurückgezogen. Er bereitet mit dem Nickel Operationen vor, welche auf die Dauer wohl fruchtbringend werden könnten. Nun weiß jedermann, daß Oesterreich augenblicklich auf eine lösslose Reform hinst. Oesterreich hat noch ein Papiergeld; es will dasselbe durch Metallgeld ersetzen. Wenn es diese Reform durchführen wird, muß es sich ungeheure Goldmengen verschaffen und die Ländereien werden dann beträchtlich im Werthe steigen. Raw wäre es zu glauben, daß die Rothschild, welche mit der finanziellen Regierung in Paris und Wien befreundet sind, sich an dieser Operation nicht betheiligen würden. Wo werden sie Gold finden? Wer würde es nicht? Die französische Bank allein besitzt ungeheure Mengen Gold, mehr als zur Zirkulation notwendig sind; und sie ist gehalten, gegen ihr Papiergeld das Gold al pari auszuliefern, besonders von Herrn von Rothschild, welcher dort wohl einigen Einfluß besitzt. Unter diesen Umständen hat die Kammer beschlossen, erstens der Bank die Mittel zu liefern, ihren Goldstock in ungeheurer Weise zu vergrößern, zweitens der Bank zu erlauben, sich zu Gunsten einflußreicher Personen dieses Goldstocks zu entledigen, wann sie es will. Uebrigens hat Herr Léon Say, dessen Beziehungen man kennt, kräftig bei

der Erreichung dieser beiden Resultate mitgewirkt. Die ganze Rechte und das ganze Centrum haben sich mit sichtbarer Begeisterung dieser schönen Operation angeschlossen. Der Schlag war gut vorbereitet, das muß man ihnen lassen. Das Geheimniß war wohl gewahrt. Man hat uns überrocht. Gestern Abend beim Verlesen des Berichts haben wir erfahren, daß man ganz einfach jenem edlen Institut eine halbe Milliarde bewilligte. Auf der anderen Seite war man seit einiger Zeit benachrichtigt; man hatte Zeit, seine Waffen zu schleifen. Wir sehen, daß eine derartige Entscheidung nicht gerade zu denjenigen gehört, welche der Kammer bei der öffentlichen Meinung mehr Achtung verschaffen könnten. Aber Herr v. Rothschild mache ich meine Komplimente. Man sagt, daß er vollständiger Nachsicht von Seiten derer sicher ist, welche den Feldzug gegen die Republik führen. Und zu gleicher Zeit ist er der ganzen Gattung derselben Regierung gewiß; das heißt vortrefflich gespielt. Alle Komplimente meinerseits.“

Auf diesen Artikel des Chefredakteurs der „Justice“ hat die kapitalistische Presse kein Sterbenswörtchen geantwortet. Was spräche berechtigt als dieses Stillschweigen? — So weit hat es die Bourgeoisie in einem Jahrhundert gebracht; dieselbe Klasse, die am 21. Januar 1793 ihren Feinden ringsum Holz einen Könnigkopf vor die Füße warf, beugt sich am 21. Januar 1893 demüthig vor dem Herrscherhause Rothschild, froh, wenn es ihr gelingt, einen Knochen vom Mahl der Frankfurter Juden zu erwischen. Die Kleinbürgerliche Opposition, wie sie hier von Pelletan vertreten wurde, wird aber auch die Lehre der Bankangelegenheit nicht vergessen; sie erkennt mehr und mehr, daß ein Widerstand gegen die hohe Finanz aussichtslos ist und unwirksam bleibt, so lange man denselben auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung vertritt und den Krieg des Kleinkapitals gegen das Großkapital führt. So wenden sich auch die einsichtigen Elemente des Kleinbürgertums immer entschiedener dem Sozialismus zu. In Frankreich sind die Führer dieser Bewegung vor allen Goblet, Millerand, Lockroy, Leydet und andere „Carmauxisten“, wie der Renegat Yves Guyot sie wegen ihrer Theilnahme am Streik von Garmay getauft hat. Sie führen der sozialistischen Bewegung namentlich tüchtige geistige Kräfte in großer Zahl zu, welche ein klarsichtiges Proletariat als Helfer bei seinen Emanzipationsbestrebungen gewiß nicht zurückweisen wird. —

Parteinachrichten.

Die neue Militärvorlage hat auch die Sozialdemokratie Essens a. d. Ruhr zu einer Kundgebung veranlaßt. Am 22. Januar fand daselbst eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt, in der das Parteivorstandsmittglied Albin Gerich aus Berlin unter häufigen, lauten Beifallsbezeugungen die Nachteile des Militarismus darlegte. Die daraus einstimmig zur Annahme gelangte Resolution hat folgenden Wortlaut: „Die am 22. Januar im krah'schen Lokale tagende Volksversammlung erklärt, überzeugt zu sein, daß der Militarismus die letzten Kräfte des Volkes aufsaugt und die Ursache des Darniederliegens von Handel und Wandel, Kunst und Wissenschaft ist. Grund dessen erhebt die Versammlung Protest gegen jede Erhöhung des Militäretats und stellt sich dabei auf den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion, keinen Mann und keinen Groschen zu bewilligen.“

In Oslebshausen bei Bremen fand gleichfalls eine Protestversammlung statt. Referent war Alwin Kerri aus Bremen.

Weiter fanden Protestversammlungen statt in Weisenfelds (Referent Hoffmann-Beil), Wiberach (Referent Behr-Suttgart).

Bei der Gemeinderaths-Wahl in Frohnau bei Annaberg in Sachsen wurden die drei sozialdemokratischen Kandidaten mit 74—105 Stimmen gewählt, während die Gegner nur 31 bis 33 Stimmen bekamen.

Die Gewerbegerichts-Wahl in Augsburg endete für unsere Partei gleichfalls mit einem Siege. Die in der Klasse der Arbeitervertreter aufgestellten sozialdemokratischen Kandidaten erhielten rund 2860 Stimmen, die Gegner ca. 50 weniger. Für den guten Stand unserer Bewegung im südweltlichen Bagerm ist dieser Sieg ein hocherfreuliches Zeugniß.

Ueber die Rothschildinterpellation und die Antwort des Staatssekretärs v. Boetticher referirte der Reichstags-Abgeordnete Albert Schmid in einer stark besuchten Volksversammlung zu Limbach. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es als Pflicht des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden erklärt wird, schnellstens öffentliche Arbeiten in Angriff nehmen zu lassen, um den Nothstand zu lindern. Weiter ist in der Resolution die Ausrüstung des Herrn v. Boetticher, wonach sich die Arbeitslosigkeit, insbesondere in der Textilindustrie des Chemnitzer Bezirkes vernehrt und der Lohn fortgesetzt gestiegen sein soll, als durchaus unzutreffend gekennzeichnet. — Dasselbe Thema hat auch in anderen Distrikten Deutschlands den Volksversammlungen Anlaß zu gleichen Erklärungen gegeben. Wäre es nicht wohlberrechnete Gepflogenheit der Staatsbehörden, die Resolutionen der Volksversammlungen unbeachtet zu lassen, so hätten sie übrigens schon längst die Thatfache zugestehen müssen, daß die Nothlage der arbeitenden Bevölkerungsklassen wirklich so groß ist, wie es kaum je dagewesen.

Die Chemnitzer Textilarbeiter haben in einer gut besuchten Versammlung die Ausrüstung des Herrn v. Boetticher gleichfalls energisch zurückgewiesen.

Reichstagskandidatur. Für den Wahlkreis Pritz-Saagitz in der Stettiner Genosse Storch als Reichstagskandidat aufgestellt.

Die elsaß-lothringischen Ausnahmefetze, diese able Grabschaft aus der Franzosenzeit, bildeten das Thema einer stark besuchten Versammlung, welche kürzlich in Freiburg i. B. stattfand. Referent war Genosse F. Sueb aus Mühlhausen. Die Versammlung sollte seinen Ausführungen starken Beifall und nahm eine Resolution an, in welcher dagegen protestirt wird, daß man Männer, welche schon seit 21 Jahren deutsche Bürger sind, als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt. Die Resolution verlangt vom Reichstag und Bundesrath alsbaldige Aufhebung der bedrückenden Gesetze und fordert, daß die Elsaß-Lothringer behandelt werden sollen nach dem Grundsatz: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte.

Todtenliste der Partei. In Marwih bei Belten ist nach 17-jährigem Leiden an der Schwindfucht der Parteigenosse August Scherndt gestorben. — In New-York starb der Genosse Robert Starke, früher in Basel und nach seiner Ueberiedlung nach Amerika Redakteur der New-Yorker Arbeiterstimme, des Organs der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Wie der Zeiter „Volksbote“ berichtet, steht dem dortigen Genossen Adolf Hoffmann eine Anklage wegen der Rede in Aussicht, die er, während des Parteitages, in der Berliner Hochbrauerei über das Thema „Die zehn Gebote und die bestehende Klasse“ gehalten hat. Hoffmann soll sich durch seine Ausrüstungen der Aufreizung zur gewaltthätigen Revolution schuldig gemacht haben.
— Dem „Bureau Herold“ zufolge ist Genosse Süßkind in Mannheim, welcher f. B. in der Häusler'schen Angelegenheit verhaftet wurde, wieder aus der Haft entlassen worden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 28. Januar. Opernhaus. Die Meisterfänger von Nürnberg. Schauspielhaus. Imogen. Deutsches Theater. Faust's Tod. Berliner Theater. Dorf und Stadt. Festung-Theater. Heimat. Walker-Theater. Parograph 830. Der sechste Sinn. Kroll's Theater. Geschlossen. Victoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen. Residenz-Theater. Die Gläubiger. Familie Pont-Biquet. Neues Theater. Logirbesuch. Kleine Hände. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Fästin Ninetta. Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon. Thomas-Theater. Die Bettelweiber. National-Theater. Nathan der Weise. Alexanderplatz-Theater. Maria Stuart. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Zum 35. Male: Modernes Babylon. Gefangnisse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannst. Couplets theilweise von G. Görs. Musik von G. Stoffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater. Novität! Novität! Der Dussel (Mulpus) Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner. (Neum. Ede. Martin Bendix.) Alfred Bender in seinem neuesten Originalvortrag Der Volksmund in Berlin. Blank, der beste Bauchredner. Unhaltender Erfolg. Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum. Neu! Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum. Tai-za-Wunder. Geheimnisvollste Seelenwanderung. Lotosblume. Fantoche-Theater. Andere Illusionen. Täglich ohne Extra-Entree. Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Etablissement Moritz-Platz. Buggenhagen. Täglich: Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausschnitt von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel. In Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt. Entree Wochen 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Brauerei Julius Bötzwow, Pronzlauer Allee, am Prenzlauer Chor. Empfehle Saal zu Versammlungen und Vergnügen. 2. Oster-Feiertag für Platinee noch frei. 1065b Paul Schaffert, Defonom.

Circus Renz.

(Karlstraße.) Sonnabend, den 28. Januar 1893, Abends 7 1/4 Uhr:

Gala-Vorstellung.

Novität! Ein Künstlerfest. Novität! Große Ausstattungs-Pantomime vom Hofballmeister A. Siems. Mit überraschenden Licht- und Wassereffekten. Auf das Glänzendste in Szene gesetzt vom Direktor Fr. Renz. Grosser Blumen-Corso. Ballet von 100 Damen. Außerdem Austr. der sämtl. Künstler-Spezial. I. Ranges, sowie Vorführer u. Reiten d. bestreift. Freiheits- u. Schulpferde. U. A.: Mr. James Pills mit dem Schulpferde Germinale. Sonntag: Zwei gr. Festvorstellungen. Nachm. 4 Uhr (ein Kind unter 10 Jahren frei): Die lustigen Heidelberger. Abends 7 1/2 Uhr: Neues Programm; zum Schluß: Ein Künstlerfest. Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidenbank“, Marktgrafenstraße 51a. Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse. Heute, Sonnabend, den 28. Januar: Großer Volks-Maskenball. Eine Nacht am Nil. 4 Orchester. 8 Langmaitre. Gr. Ueberrassungen. Umzüge. Auführungen etc. Anfang 8 Uhr. Entree 1 M. Ausgeb. Einlaßkarten hab. Günstigkeit.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. der equilibrist. Kamin-seger. Produktion auf d. freistehenden Leiter. Brajelli, Wephisto-Wit. The Raatwoods, preisgef. Kunst-Mad. scharrennen. 3 Schweif. Porotti, Jongleur und Equilibrist. Happpo-Jenny, vorzügl. Instru- mentalistin. Mlle. Bellona, mit seinen wunderbar dreif. Niesen-Doggen. Barumm, unbewachte Momente zweier Negerklaven. The Lees, als Original- Bildhübische. Theod. Bierrath, Pannemann. Lily Mellini, Soubrette. Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79. Täglich: Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger. Kinder 10 Pf. Wochentags frei. Sonntags 30 Pfennig. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügen. sowie 6 Billards und 3 Regalbahnen. F. Sadtke.

Empfehle nach wie vor mein vergrößertes Lokal, franz. Billard etc. dem verehrten Publikum. Vorwärts, Volks-Zeitung, sowie andere Zeitungen liegen aus. 3596L M. Berndt, Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke.

G. Boll, Wienerstr. 1 empfiehlt sein Weis- u. Bär-risch-Bierlokal in Original-Regelbahnen Vereinszimmer u. Winter-saal noch frei.

Säle z. Verjamlg. u. Geselligk. unentgeltlich (806b) Oranienstr. 180.

Mehrfach prämiert. D. R. P. Specialität: Schäffer's Malz-Branntwein (gesetzl. gesch.) Ersatz für Cognac, empfiehlt in Original-Flaschen à 1/2 Ltr. und Gebinden, ebenso Breslauer Getreide-Korn die Dampfbrennerei Herm. Schäffer Breslau. Vertreter und Lager bei S. Tramer, NO., Mendelssohnstr. 14. Vereinszimmer, Simeonstr. 23. Hilt.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten, sowie den Büchern Berlins und Umgegend die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Ruher 1068b

Wilhelm Grossert

nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Die trauernde Wittwe u. Kinder. Die Beerdigung findet am Sonntag, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Kirdorfer Kirchhofs, Rudower Chaussee, aus statt.

Wilhelm Ranke

Am 25. d. M. verstarb nach längerem Leiden mein lieber Bruder, der Kunstgießer 1068b

Carl Koch.

Die Beerdigung findet am Sonntag Nachmittags 4 Uhr auf dem St. Thomas-Kirchhof statt. 1074b Die Hinterbliebenen.

Rudolf Tulke

Die Beerdigung des Tölpers findet am Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 3 Uhr, auf dem Zion-Kirchhofe in Weissensee statt. 1063b J. A.

R. Tulke

Die Beerdigung des Kollegen findet am Sonntag, den 29. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zionkirchhofes in Weissensee aus statt.

Todesanzeige.

Allen Mitgliedern des Wahlvereins für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

Paul Losenski

Liebenwalderstr. 5, am Dienstag infolge Herzschlags plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. M., Nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, statt. Um recht rege Betheiligung ersucht 239/17 Der Vorstand.

Freireligiöse Gemeinde.

Rosenthaler-Strasse Nr. 38. Sonntag, Vormittags 10 1/4 Uhr: Vortrag von Herrn E. Vogtherr: Fromme Bildungsbestrebungen. Gäste sehr willkommen. 152/1

Riedorf.

Dienstag, 31. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: General-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts“

in Hoffmann's Salon, Bergstr. 133. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Lubell: Die herrschende wirtschaftliche Krise. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Vereinsangelegenheiten. Gäste haben Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet 865/6 Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

und anderer gewerbl. Arbeiter. (S. S. zu Hamburg.) Zahlstelle Berlin H. Sonntag, 29. Januar, Vorm. 10 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Schweitzerberger, Köpnickstr. 3 (am Schleifstein Thor). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom IV. Quartal 1892. 2. Verschiedene wichtige Kassenangelegenheiten. — Das Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. 303/3 Die Ortsverwaltung.

Allgem. Arbeiterinnen-Verein.

Filiale Moabit. Gr. Versammlung am Sonnabend, den 28. Januar 1893, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Hermerscheidt, Verlebergerstr. 28. Vortrag des Genossen Radko über: Organisation. Nachher: Gemüthliches Beisammensein. — Herren und Damen als Gäste willkommen. 176/4 Die Bevollmächtigte. Homöopathische Klinik, Brunnenstraße 40, Spr. 11-12, 4-5, Stg. 9-10.

Große öffentliche Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung

Montag, den 30. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20. Tages-Ordnung: 1. Gedenken wir zum Frühjahr Forderungen an die Unternehmer zu stellen und welche? Referent: Kollege August Taeterow. 2. Diskussion. 272/13 Die Kollegen und Kolleginnen aller Branchen werden aufgefordert, zu erscheinen. Die Agitations-Kommission.

Achtung! Gr. öffentliche Versammlung Achtung!

aller in der Buch-, Papier- u. Lederwaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Montag, d. 30. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Golz, Alte Jakobstr. 75. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Stürvo über: Die Cholera in Hamburg, illustriert durch 50 Lichtbilder. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. 1062b Der Einberufer.

Zur Einführung der freien Arztwahl! Grosse öffentliche Versammlung

sämtlicher Mitglieder der Allgem. Orts-Krankenkasse gewerbl. Arbeiter u. Arbeiterinnen (fr. Meyer'sche) Sonntag, den 29. Januar 1893, Vormittags 10 Uhr, Eröffnung präzis 10 1/2 Uhr, im Feenpalast, Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke. Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Delegirtenwahl. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht). 2. Ausgabe der Stimmzettel. 3. Verschiedenes. 160/9 Die Krankenkassen-Kommission gewerbl. Arbeiter u. Arbeiterinnen. J. A.: Otto Bleich, Sorauerstr. 5, II. NB. Diejenigen Mitglieder, welche sich als Kandidaten für freie Arztwahl in die Listen eingetragen haben, müssen unbedingt anwesend sein.

Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen

Sonntag, den 29. Januar 1893, Abends 6 Uhr, bei Otto Klein, Schönleinstraße 6. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Hildebrand über: Soziale Reformen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree. Nachher: Geselliges Beisammensein. Um zahlreichen Besuch bittet 153/15 Die Einberuferin.

Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen

am Sonntag, den 29. Januar 1893, Abends 6 Uhr, in der Berliner Vordranerei, Tempelhofer Berg. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Robert Wolf, Zahnarzt, über: „Bourgeoisie und Sozialismus.“ 2. Diskussion. Nach der Versammlung gemüthliches Beisammensein mit Tanz, veranstaltet vom Sozialdemokratischen Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Um zahlreichen Besuch bittet 153/16 Der Vorstand.

Fachverein der Stuckateure

Berlins und Umgegend. Am Sonnabend, den 4. Februar 1893, in Volk's Fest-Sälen (vormals Feuerstein): Masken-Ball. Anfang 8 1/2 Uhr. 200 Gillets à 50 Pfennig.

Uhren und Goldwaaren

in solidester Ausführung billiger wie in jedem Laden Georg Wagner, Uhrmacher, Oranienstrasse 63, 1 Treppe, nahe Moritzplatz. Bitte auf die Hausnummer zu achten! Eigene Werkstätte. Begründet 1877. Spezialität: Feinste Schweizer Präzisions-Uhren mit Remontoir-Anzug. Nickel-Herren-Remontoir mit Emaille-Zifferblatt, Solandenzeiger und Feigstellung durch die Krone 9-12 M. Silberne Cylinder-Remontoir mit Goldrand, 6 Steine, 14, 16, 18, 20 M. etc. Goldene Damen-Remontoir 22, 30, 25, 30 bis 120 M. Goldene Herren-Remontoir 45, 60, 72 240 M. Massiv goldene Trauringe gefehlich gestempelt: 1 Dukaten 10, 50 M., 1 1/2 Dukaten 15, 50 M., 2 Dukaten 20 M., 14 karätig von 6 M., 8 karätig von 4 M. an. Gold- und Silber-Schmucksachen in den neuesten Mustern u. reichhaltigster Auswahl, soweit sich dies mit solider Ausführung vereinbaren läßt, zu den allerbilligsten Preisen. Reparaturen gut und sehr billig. 1 Treppe, 63 Oranienstrasse 63, 1 Treppe.

Ein neues Arbeitsamt für England.

Das liberale Kabinet, das die „schwarze Sorge“ der Auflösung, sobald das Parlament zusammentritt, beständig hinter sich fühlt, ist eifrig bemüht, sich bei der Arbeiterklasse eine gute Benennung — „a good record“ — zu sichern. Ohne kräftige Unterstützung von Seiten der Arbeiter ist es, falls es in der Kammer sich eine Niederlage zuzieht, was nur zu bald geschehen kann, bei der alsdann nötig werdenden Neuwahl verloren. Die Konservativen vertreten sehr ausgeprägte Klasseninteressen der Besitzenden, und sind der eifrigen Hetzerei ihrer Klienten sicher, die Liberalen behaupten das Allgemeininteresse gegenüber diesen Klasseninteressen zu vertreten, aber das Allgemeininteresse ist eine so unbestimmte Sache, daß sich, falls nicht ein wirkliches Klassen-Interesse sich dahinter verbirgt, immer nur Individuen dafür erwärmen lassen. Obwohl eine durchaus bürgerliche Partei, kann die liberale Partei nur auf die Stimmen bestimmter Gruppen des Bürgertums rechnen, bei denen mehr ideologische Interessen das nackte Bourgeois-Interesse zur Zeit in den Hintergrund drängen. Diese genügen aber bei weitem nicht, ihr die Mehrheit bei der Wahl zu verschaffen. Sie muß die große Mehrheit der Arbeiterstimmen haben oder sie ist verloren. Aber ein in Betracht kommender Theil der ihr bisher Folge leistenden Arbeiter droht, sich von ihr abzuwenden, verschiedene Vorkommnisse bei der letzten allgemeinen Wahl und seitdem stattgehabten Nachwahlen haben sie darüber belehrt, daß sie mit der langsam aber stetig vordringenden sozialistischen Agitation zu rechnen hat. Daher verschiedene Maßnahmen, die ich in früheren Briefen zu melden hatte, und daher auch jetzt die Ankündigung, daß mit Ausnützung ihrer administrativen Vollmachten die Regierung England ein Arbeitsamt geben will, das dieses Namens auch würdig ist. Von dem jetzigen Arbeitsbureau im Handelsdepartement kann man das nämlich nicht sagen. Es ist so kümmerlich mit Mitteln versehen, verflügt über eine so winzige Zahl von Angestellten, über so ungenügende Vollmachten, daß es in der That nur eine Parodie auf seinen Namen darstellt.

Das soll nun alles anders werden. Gestern empfing Herr Mundella, der jetzige Handelsminister — sein offizieller Titel ist: Präsident des Gewerbe-Amis — eine Deputation, bestehend aus den Parlamentarischen Komitees der Trade Unions und der Genossenschaftsvereine — und machte denselben folgende Erklärung: Er sowohl wie Herr Burt — der im jetzigen Kabinet Gladstone dieselbe Stelle bekleidet, die Herr Broadhurst, ein Vorgänger desselben inne hatte, nämlich als parlamentarischer Sekretär des Handelsamts — hätten ihren Eintritt ins Kabinet von der Bedingung abhängig gemacht, daß ein wirkliches Arbeitsamt eingerichtet werde, und nachdem ihnen dies zugesagt worden, einen Plan ausgearbeitet, den er nunmehr vollständig mitzuteilen in der Lage sei. Er lautet:

Die Arbeit des Sammelns, Verarbeitens und Publizirens von statistischen und anderen Informationen über die auf die Arbeitsverhältnisse bezüglichen Fragen wird in Zukunft einer getrennten Sektion des Handelsamts übertragen werden. Diese Sektion wird die Aufgaben der jetzigen Handels-Abteilung im Gewerbeamt übernehmen und aus drei unterschiedenen Abteilungen — „Departements“ — dem Handels-, Arbeits- und statistischen — Departement, bestehen, unter der Aufsicht des Herrn Giffen als General-Kontrollleur.

Der besondere Stab im Zentral-Bureau des Arbeits-Departements, das ein eigenes Gebäude bewohnen wird, wird aus einem Arbeitskommissär für die allgemeine Leitung des Departements, einem Haupt-Sekretär (wörtlich „Korrespondent“) und drei weiteren Arbeits-Sekretären, wovon der eine weiblichen Geschlechts sein soll, und etwa 30 Schreibern bestehen.

In einer Anzahl großer Provinzialstädte werden Orts-Sekretäre ernannt werden, soweit als möglich in denselben Zentren, die als Stütz der Fabrikinspektion in Aussicht genommen sind. Diese Orts-Sekretäre haben die Pflicht, das Departement über alle wichtigen Vorgänge in ihrem Distrikt, welche die Arbeit betreffen, auf dem Laufenden zu halten, und, wo erforderlich, die Untersuchungen des Zentralbureaus durch lokale Erhebungen zu unterstützen. Eventuell sollen den so geschaffenen Ortsämtern noch weitere Aufgaben übertragen werden.

Neben der Fortführung und Ausdehnung der bis jetzt vom Arbeits- und anderen Sekretären des Handelsdepartements in bezug auf Sammlung von Material über Löhne, Streiks, Gewerkschaften, Einwanderung, Arbeitsstunden etc. ausgeführten Arbeiten sind zur Zeit hauptsächlich folgende Unternehmungen in Aussicht genommen:

1. Herausgabe einer „Arbeits-Zeitung“ — „Labour Gazette“ — die zunächst monatlich, später vielleicht häufiger erscheinen soll. Ihr Zweck soll die Vierung von genauen Informationen sein über Fragen, die für Arbeiter und Arbeiterinnen von besonderem Interesse. Der gegenwärtig vom derzeitigen Arbeits-Sekretär, Herrn Burnett, herausgegebene Monatsbericht über den Stand des Arbeitsmarktes der „gelernten“ Industrien wird so in der „Gazette“ in erweiterter Form erscheinen. Ebenso soll Bericht erstattet werden über die im Laufe des Monats begonnene, fortgeführten oder beendeten gewerblichen Streitigkeiten oder über wichtige gewerbliche Abmachungen, wie Schiedssprüche, Änderungen von gleitenden Lohnlisten, Verteilung der Arbeiten unter verschiedene Gewerbe.

Ferner soll veröffentlicht werden ein amtlicher Auszug aus den Berichten der Fabriks- und Bergwerksinspektoren an das Ministerium des Innern über den Stand der Arbeit in ihren Distrikten, soweit dies in den Bereich ihrer Tätigkeit fällt, über Aufsicht, Ausführung des Fabriks- und Bergwerksregulierungs-Gesetzes und, soweit es möglich ist, auch über wichtige Verfügungen etc. auf Grund des Haftpflichtgesetzes, über Maßnahmen von Lokalbehörden mit bezug auf die Werkstättenhygiene und die Anwendung der Gesetze über Behausung der Armen. Von wichtigen Versammlungen und Konferenzen, z. B. den Kongressen der Gewerkschaften und der Genossenschaften, den Meetings der Bergarbeiter-Föderation, den internationalen Kongressen über Arbeiterfragen soll gleichfalls Notiz genommen werden.

Vom Haupt-Registrator der Friendly Societies soll ein monatlicher Bericht über alle Gewerkschaften, Arbeitergenossenschaften und Hilfskassen, die während des Monats angemeldet wurden oder sich auflösten, geliefert werden.

In gleicher Weise sollen Berichte über die Verhältnisse der Landarbeiter, über die Wirkungen der Gesetze in bezug auf die ländlichen Anwesen und Arbeiterlose, über den weiblichen Arbeitsmarkt, über den Stand der Verhältnisse in gewissen unregelmäßigen Industrien u. s. w. beschafft werden. Daneben Statistiken über den Pauperismus, über die Sparkassen, das Unternehmertum (besonders in gewerblicher Hinsicht), Export und Import, den durchschnittlichen Detailpreis der wichtigsten Verbrauchsgegenstände der Arbeiterklasse, wie der Engrospreise der wichtigsten Weltmärkte. Von bedeutenderen Vorgängen im Ausland, die sich auf die Arbeiterangelegenheiten beziehen, soll Notiz

genommen, und eine Liste der in England und im Auslande erscheinenden amtlichen Publikationen in bezug auf Arbeiterangelegenheiten gegeben werden, zugleich mit kurzen, leicht verständlichen Auszügen aus diesen Veröffentlichungen, die gleichen eine Zusammenstellung der im Inland und Ausland geschaffenen Gesetze, die für die Arbeiterklasse von Bedeutung sind.

Die „Labour Gazette“ soll monatlich 1 Penny (8¹/₂ Pf.) kosten und an Volksbibliotheken, Arbeiterorganisationen, Arbeiterbildungsvereine, Handelskammern etc. unsonst abgegeben werden.

2. Von Zeit zu Zeit wird das Arbeitsdepartement Spezialuntersuchungen veranstalten über wichtige Fragen, welche die Arbeitsverhältnisse betreffen, und in bezug auf die bisher keine genügende Auskunft zu haben ist. Als dahin gehörende Gegenstände der Untersuchung sind in Aussicht genommen:

a) der Umfang und die Ursachen der Auf- und Abbewegungen der Beschäftigungsgelegenheit in gewissen unregelmäßigen (Saison- etc. Industrien) und ihre Rückwirkung auf die Bedingungen und die Leistungsfähigkeit der beschäftigten Arbeiter.

b) Zusammenstellung der in England und außerhalb gemachten Versuche, durch behördliche Beschaffung von Arbeit, durch Nothstands-Arbeiten, municipale oder nationale Werkstätten, Ackerbau-Kolonien oder dergleichen, Nothstände zu lindern, sowie der Ursachen des Fehlschlagens oder Gelingens dieser Versuche.

c) Gewisse Fragen über die Verhältnisse der Kinderarbeit innerhalb und außerhalb der Fabriken.

d) Berichterstattung über die Wirkungen schädlicher Arbeitsprozesse in gewissen typischen Gruppen der ungesunden Gewerbe, wie Zöpfereien, Bleiweißwerke, Messerschleiferei, chemische Fabriken u. s. w. möglichst sowohl vom statistischen wie dem wissenschaftlichen und medizinischen Gesichtspunkt aus.

Andere wichtige Gegenstände, die ebenfalls Spezialuntersuchungen erheischen mögen, sind: Die ökonomischen Wirkungen der Einwanderung Fremder, die verschiedenen Methoden der Lohnzahlung und Regulierung (z. B. Gleitende Listen, Gewinnbeteiligung, Genossenschaftliche Arbeit etc.), die Arbeit verheirateter Frauen, die Kosten des Lebensunterhalts, die Arbeitsstunden, Ueberzeitarbeit etc.

3. Das Arbeitsdepartement wird bereit sein, gelegentlich vom Parlament angeordnete Untersuchungen über Arbeiterfragen zur Ausführung zu bringen.

4. Das Departement beabsichtigt, jährlich einen Bericht über seine Thätigkeit herauszugeben, der möglichst so abgefaßt werden soll, daß er ein handliches Nachschlagebuch für Arbeiter mit bezug auf die Hauptfragen bildet, welche das Departement im Laufe des Jahres beschäftigt haben.

Dies das von Herrn Mundella entwickelte Programm. Die nötigen Fonds für das neue Departement, fügte er hinzu, sind bereits vom Schatzkanzler (Sir W. Harcourt) ausgenutzt worden. Es sei ein neues und ausdehnungsfähiges Departement, von dem jeder Arbeiter das Recht haben werde, Auskunft einzufordern, und das nicht eingestrichelt sei, Ansichten zu propagieren. Er hoffe zuversichtlich, es werde in diesem Falle sich nicht das Tennison'sche Wort bewahrheiten: „Wissen kommt und Weisheit verschmachtet“, sondern daß diese Maßregel der Regierung beitragen werde, die Lage derer zu verbessern, für die sie getroffen sei, den nationalen Wohlstand zu erhöhen und ein größeres Maß industriellen Friedens herbeizuführen.

Das bleibt abzuwarten. Der Name des Schönfärbers Giffen als Oberkontrolleur ist nicht gerade geeignet, allaugenstimmige Erwartungen zu wecken. Als Hauptsekretär des Arbeitsamts bezeichnete Mundella Herrn Burnett, den bisherigen Sekretär des Arbeitsbureaus und früheren Generalsekretär der Gewerkschaft der vereinigten Maschinenbauer. Als Arbeitskommissär ist nach dem „Daily Chronicle“ ein Herr Gwewell Smith von Toynebe Hall in Aussicht genommen, der sich als Mitarbeiter des Statistikers Charles Booth (nicht zu verwechseln mit dem Heildarmee-General), bei dessen großem Werk über die Arbeiterverhältnisse im Londoner East-End etc. ausgezeichnete Fähigkeiten entwickelt habe. Das sind dann jedenfalls weniger verdächtige Namen. Und eins ist nicht zu bestreiten: wird das Arbeitsamt so eingerichtet wie oben geschildert, so kann es zu einer nicht zu unterschätzenden Waffe für die englischen Arbeiter im Kampf für ihre Befreiung werden.

Gleichzeitig mit Herrn Mundella machte dessen Kollege W. A. G. Staatssekretär des Innern, eine Deputation von weiblichen Gewerkschaften die Mitteilung, daß er beschlossene habe, neben den bestehenden Fabrikinspektor-Stellen zwei für weibliche Fabrikinspektoren einzurichten mit einem Anfangsgehalt von 4000 und 6000 M. Dies sei aber nur eine kleine Anzahl, denn es müßten überhaupt mehr Fabrikinspektoren eingestellt werden, und unter ihnen auch mehr Frauen, angesichts der großen Zahl weiblicher Arbeiter. Zugleich bestätigte Herr W. A. G. eine schon früher gemachte Ankündigung, daß die liberale Regierung eine Reform des Haftpflicht-Gesetzes beantragen werde und dabei unter anderem die Abschaffung des „absurden und auf Erfindung beruhenden“ Grundgesetzes der „gemeinsamen Arbeit“, der heute vielen Unternehmern ermöglicht, die Haftpflicht von sich abzuwälzen. Eine Reform des Haftpflicht-Gesetzes, insbesondere der heute die Arbeiter ganz besonders treffenden Haftregistrierungs-Vorschriften hat Herr W. A. G. vorgestern auf einem Banquet der Liberalen Föderation in Liverpool angekündigt.

Kurz, die Liberalen geben sich alle Mühe, den Arbeitern ihren guten Willen zu zeigen. Und sie müssen es — dank der sozialistischen Agitation. In einem Land, wo das Parlament regiert, regiert der, welcher den Stimmzettel zu denigen weiß, und die Sozialisten, obgleich erst ein schwaches Häuflein, fangen doch an, bei den Wahlen zu zählen und können, wo die bürgerlichen Parteien in gleicher Stärke sich gegenüber stehen, leicht bei den Wahlen den Ausschlag geben. Newcastle und Middleborough waren eine Warnung für die Gladstoneaner, und ihr jetziger Reformminister ist der Beweis, daß sie die Warnung verstanden haben.

Tokales.

Der gefrige Geburtstag des Kaisers wurde in Berlin in der üblichen Weise gefeiert. Die Goldene 110 hatte ein ganz neues, feierliches Gedicht in der üblichen geschmackvollen Weise veröffentlicht, und das Gedächtnis des Herrn Wertheim strahlte, wie wir das bereits erwähnten, aufdringlich und prophehaft. Die Hoflieferanten hatten tief in den Säckel gegriffen — man kann nie wissen, ob nicht doch einmal ein buntes Bändchen oder ein neuer Titel abfällt. Gaffer giebt es in einer Millionenstadt stets zu Hunderten und zu Tausenden, und diese schlenkern denn auch nicht, um den Glanz der elektrischen Beleuchtung und des Gasglühlichtes in Augenschein zu nehmen. Wer in Berlin das Wort „von dem Hand-in-Hand-geden des Fürsten mit dem Volke“ in seiner ganzen Wahrheit begreifen will, der muß auf die Hunderte und Aberhunderte von Pöbelhauben blicken, die wahrlich dazu kommandirt werden, um dem bürgerlichen Ganzen auch ein militärisches Relief zu verleihen. Schutzleute zu Fuß

und zu Pferde waren massenhaft aufgeboten, entweder um die Begeisterung wachzurufen oder wo sich solche in ungehöriger Weise zeigte, sofort mit der ganzen Schneidigkeit des Gefehes einzugreifen. In der bürgerlichen Presse werden wahrscheinlich morgen wieder die landesüblichen Klagen darüber laut werden, daß Leute von den Hüfen der Schutzmännchen maltrahirt wurden, und daß dem gafflustigen Publikum von der Polizei eine Behandlung zu Theil wurde, wie sie kaum einer freudigen Geburtstagsstimmung entspricht. Wir können in diesem Falle nur immer wieder den Rath ertheilen, daß derjenige, dem seine Hühneraugen lieb sind, hübsch zu Hause bleiben soll, und daß der wirkliche „Bürgerstolz“ darin besteht, daß man genau dieselbe Zurückhaltung beobachtet, wie sie ja auch von der allerhöchsten Stelle aus, für einzelne Stände der Gesellschaft der miserablen Plebs und dem Zivil gegenüber überhaupt gewünscht und empfohlen wird. Dem wirklichen Proletariat braucht man einen solchen Rath nicht zu ertheilen, — aber diejenigen Leute, welche sich immer und immer wieder dazu hergeben, den Hoffentlichkeit als Staffage zu dienen, mögen ihn sich hinter die langen Ohren schreiben.

Damit übrigens auch der Humor an der Sache nicht fehle, hat sich gestern auch noch eine Art von Nothstand herausgestellt. Für die Soldaten, die am Geburtstag des obersten Kriegsherrn gespeist und getränkt zu werden pflegen, fehlt es nämlich an den nöthigen Lokalitäten. Diese merkwürdige Kalamität wird nicht durch Mangel an Sälen hervorgerufen — Berlin hat solche im Ueberfluß —, sondern durch den Umstand, daß die große Mehrzahl der Berliner Wirthe in den Sozialdemokraten bessere Kunden sieht, als in den Soldaten. Nun haben zwar die Sozialdemokraten keine Angst vor den Soldaten, allein die Eheis der Soldaten haben eine um so größere Angst vor den Sozialdemokraten, und wollen die Soldaten nicht die gleiche Luft mit diesen Unfürkältern atmen lassen. Und sündmalen in Berlin die Sozialdemokraten so ziemlich überall sind, ist es den armen Soldaten heute schwer gemacht, irgendwo zu sein. Wir bedauern sie aufrichtig ob dieses künstlichen Nothstands. Wir sind nicht schuld daran. Früher fingen die Soldaten, wenn das Kommando „Begeisterung“ ertönte, mit weithin schallenden Stimmen:

Dann trinken die Soldaten
Zum Schweinebraten
Champagnerwein —

aber was nützt Einem der Mantel, wenn er nicht gerollt ist, — was nützt Einem Schweinebraten und Champagnerwein, wenn man keinen Platz hat, wo man diese Delikatessen verzehren kann?

Eine Nothstands-Debatte hat es auch in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung in Schöneberg gegeben. Bekanntlich hatte die Ortsbehörde zwei Versammlungen von Arbeitslosen verboten, weil sie der Ansicht war, die Versammlungen wären lediglich zum Zweck einer „Demonstration“ einberufen worden. Der Gemeindevertreter Genosse Hadelbusch nahm wegen Zurücknahme des Verbotes mit dem Amtsvorsteher Rücksprache und wies darauf hin, daß die Sozialdemokraten durchaus nicht beabsichtigten zu demonstrieren. Das Verbot blieb aber in Kraft, und so brachte Genosse Hadelbusch folgenden Antrag in der Gemeindevertretung ein:

Angesichts der großen Arbeitslosigkeit und des hierdurch entstehenden Mangels an den nothdürftigsten Lebensbedürfnissen wolle die Gemeindevertretung beschließen:

1. Den Kindern der Arbeitslosen in den Schulen ein zweites Frühstück (wenn möglich etwas Warmes) auf Kosten der Gemeinde zu verabreichen, damit den Kindern die unverschuldete Noth der Eltern erträglicher gemacht werde;

2. den arbeitslosen Steuer-Kontanten die rückständigen, sowie die für dieses Quartal fälligen Steuern bis auf Weiteres zu stunden;

3. den ganz unbemittelten Familien auf Kosten der Gemeinde Brennmaterialien zu verabreichen.

Behufs Regelung der vorstehend genannten Angelegenheiten wird beantragt, eine Kommission einzusetzen, welche zu rechnerischen und Abhilfe zu schaffen hat; zugleich wird ersucht, den Antrag nicht als Armenunterstützung anzusehen, sondern als ein von der Gemeindevertretung geordnetes freiwilliges Anerbieten zu betrachten.

Genosse Hadelbusch begründete seinen Antrag unter Hinweis auf die jetzt herrschende Arbeitslosigkeit. Es bedrehe vielen Arbeitern jetzt tatsächlich ein Nothwendigsten, namentlich müßten die am Hungertuche nagenden, welche Wochen- oder Monatslang schon ohne Arbeit und Verdienst waren. Wären die Versammlungen der Arbeitslosen nicht verboten worden, so hätte der Gemeindevertretung statistisches Material vorgelegt werden können. Da das jetzt nicht möglich war, führte der Antragsteller folgendes Beispiel an: Er habe im vorigen Jahre 35 Wochen gearbeitet und pro Woche 30 M. verdient. Das ergibt für 32 Wochen gleich 1 Jahr durchschnittlich 287 M. pro Tag. Werden Miethz, Kleidung, Steuern abgerechnet, so bleiben 1,68 M. für den Lebensunterhalt übrig. Davon kann eine Familie knapp existieren, auch Sparen ist gar nicht zu denken. Und da giebt es Tausende und Abertausende, die noch viel weniger verdienen, als der oben angegebene Satz.

In der Diskussion sprachen sich mehrere Gemeindevertreter dahin aus, daß es einen Nothstand überhaupt nicht gebe! Wer nur arbeiten wolle, der finde schon Arbeit. Namentlich die in Schöneberg wohnenden Arbeiter hätten sich nicht zu beklagen, dort gäbe es genug zu thun. Die Leute sögen es aber vor, nach Berlin arbeiten zu gehen. Ein anderer Vertreter meinte, wenn die Schulkinder hungrig zur Schule kämen, so müßte ihnen der Lehrer das ansehen.

Dem ersten Herrn wurde geantwortet, daß Schöneberg überhaupt nicht im Stande sei, den dort wohnenden Arbeitern lohnende Beschäftigung zu geben, natürlich müßten dieselben dann anderwärts sich Arbeit suchen. So sei hundert gegen eins zu wetten, daß in Schöneberg niemand Arbeit erhalte, der als Sozialdemokrat bekannt sei. Der zweite Nothstands-Belegner wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der Lehrer doch den Kindern nicht in den Magen sehen könne, ob derselbe auch gut gefüllt sei. Zudem fele es keinem Kinde ein, ohne Aufforderung zu erzählen, daß es vor Beginn der Schule noch nichts gegessen habe.

Bei der Abstimmung ergab sich das erfreuliche Resultat, daß der Antrag des Genossen Hadelbusch in der Hauptsache angenommen wurde. Die Annahme erfolgte, weil der Gemeindevertreter Földe, der bei jeder Gelegenheit für die Interessen der Arbeiter eintritt, sich auch dies Mal für den Antrag warm in's Zeug legte. Das anerkanntenswerthe Auftreten des Herrn Földe gab den Ausschlag. Gestrichen wurde lediglich der Passus 2, weil die Gemeindevertretung nicht kompetent ist, Steuern zu stunden. Der Ortsvorstand hat aber versprochen, daß er Ausnahmen machen will bei allen denen, welche um Stundung einkommen. Die Ausführung des Antrages wurde der Schul- und Armenkommission überwiesen, während Genosse Hadelbusch aufgefordert wurde, alle die Fälle zur Kenntniß des Ortsvorstandes zu bringen, in denen seiner Ansicht nach ein wirklicher Nothstand vorhanden ist.

In den Schulen wird übrigens bereits an bedürftige Kinder

warme Milch mit Butterbrot vertheilt, die in Noth gerathenen Familien erhalten Lebensmittel und Brennmaterialien, woraus hervorgeht, daß die Schöneberger den Verlinern nach dieser Richtung hin bedeutend „über“ sind. In der Schöneberger Gemeindevertretung führt freilich auch keine freisinnige Clique das große Wort.

Baubuden. Daß der bekannte Antrag der sozialdemokratischen Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung, die Erleichterung von Baubuden betreffend, nicht nur einen „berechtigten Kern“ enthält, wie sich der liberale Stadtwater Dinsie ausdrückt, sondern daß derselbe im vollsten Umfange einen schreienden Mißstand bekämpft, beweisen folgende Beispiele, welche uns ein Abonnent mittheilt: Ein hiesiger Unternehmer im Steinergewerbe, welcher bis zu Beginn des Jahres eine große Anzahl Arbeiter in seinem Betriebe beschäftigte, verfügt im ganzen über drei Kuben! Und das sind noch ganz elende Dinger. Von außen sehen sie allerdings ganz reputirlich aus, wie sie in erster Linie nämlich als Klammern dienen. Auf allen vier Seiten nämlich ist Mauer und Stand des Unternehmers zu sehen, es war leider kein Platz mehr vorhanden, um auch gleich den Preis der Dinger mit anzumalen. Als der Unternehmer vom Voller darauf aufmerksam gemacht wurde, daß es durch das Dach in vollen Strömen regne und die Sachen der Arbeiter naß würden, meinte er in aller Ruhe: Die Dinger sind doch nicht zum Wohnen! Schließlich ließ er sich aber doch herbei, die paar Pfennige zum Ausfüllen des Daches mit Papp zu bewilligen. In der Saison beschäftigt der Mann mit den drei Baubuden über 800 Arbeiter, welche oft auf mehr als 30 Poststellen arbeiten.

Beispiel Numero zwei: Auf einem großen Bau im Norden der Stadt wurde in diesem Winter mehrmals bei Eintritt gelinderen Wetters die Pfasterarbeit wieder aufgenommen. Es waren dabei mehr als 50 Arbeiter beschäftigt. Für die gab es auch nicht eine Kubade. Als Aufbewahrungsort für Werkzeug, Kleider, Frühstück u. s. w. diente ein ungefähr 1 1/2 Kubikmeter großer Kasten. Die Arbeiter mußten ihre Stullen verzehren, indem sie in Schnee und Regen auf der Straße auf- und abliefen.

Wenn die Arbeiter mal in einem Hausflur Unterschlupf finden, so geschieht dies nur aus Gnade und Barmherzigkeit. Vor einiger Zeit wurde in der Potsdamerstraße das Pfaster der Pferdeabfuhr ausgebeßert. Es regnete rein „mit Rollen“ und deshalb waren die Arbeiter in einen Hausflur gegangen und verzehrten hier ihr Frühstück. Sofort erschien der Postier auf der Bildfläche und „tauberte“ den Flur von den Arbeitern, denn der „Herr General“ werde sofort kommen, und der werde sich am Ende beim Hauswirth beschweren. Alle Hinweise auf das abschreckende Wetter halfen nichts, die Arbeiter mußten raus. Die Steinleger selbst können sich ja schließlich noch den Luxus gestatten, ihr Essen in einer Restauration zu verzehren und ein Glas Bier dazu zu trinken, die Hilfsarbeiter aber mit ihren paar Groschen Lohn müssen ohne Erbarmen auf der Straße kampiren. Deshalb sollten die Unternehmer gehalten sein, in genügender Zahl Baubuden errichten zu lassen.

Die Markthallen sind sehr ungleich über die einzelnen Stadttheile Berlins vertheilt. Bis zum April 1892 gab es im Innern der Stadt bereits 8, in den äußeren Bezirken dagegen erst 4 Markthallen. Von diesen 4 Markthallen der Außenbezirke konstatiert der kürzlich ausgegebene Verwaltungsbericht über die Zeit vom 1. April 1891 bis 31. März 1892, daß sie der Stadt bisher noch sehr wenig Ertrag gebracht haben, so wenig, daß sie sogar bedeutende Zuschüsse erforderten. Nun ist es zwar nicht absolut notwendig, daß die Markthallen ein Mittel zur Fällung des Stadtbudgets abgeben. Der Gewinn, welcher dabei herauskommen kann, wird immer nur ein eingebildeter sein, da hohe Standgelde höchstens eine Vertheuerung der in den Markthallen feilgehaltenen Lebensmittel zur Folge haben, also zum größeren Theile vom kaufenden Publikum getragen werden müssen. Immerhin ist aber die bei den vier in den Außenbezirken liegenden Markthallen beobachtete Erscheinung interessant genug, um zu einer Untersuchung ihrer Ursache anzuregen. Der Verwaltungsbericht des Magistrats macht selbst einen Versuch dazu. Es ist demeritendwerth, daß er den üblichen und scheinbar ja auch naheliegenden Einwand, diese vier Markthallen seien erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit in Betrieb, nicht macht. Es wird vielmehr angegeben, daß in den betreffenden Gegenden — es sind die Arbeiterviertel Berlins! — ein geringeres „Marktdürfnis“ vorliege. Aber für dieses geringere „Marktdürfnis“ hat der Bericht eine wunderliche Erklärung. Die in Frage kommenden Stadttheile sollen angeblich noch nicht dicht genug bevölkert sein. Bekanntlich hat bereits die Volkszählung von 1890 das Gegentheil ergeben. Sie hat gezeigt, daß die Bevölkerungsziffer in den inneren Stadttheilen gefallen, in den äußeren dagegen kolossal gestiegen ist, insbesondere, daß die Bevölkerungsziffer mancher äußeren Standesamtsbezirke größer geworden ist als die von zwei inneren Standesamtsbezirken zusammen. Trotzdem können die Markthallen da draußen auf dem Gesundbrunnen, am Görlitzer Bahnhof u. s. w. nicht floriren, und der Bericht stellt bereits jetzt in Aussicht, daß sie auch noch fernere Zuschüsse erfordern werden. Vor kurzem ging sogar die Nachricht durch die Mäuler, daß einige dieser Markthallen vollständig wieder geschlossen und zu anderen Zwecken verwendet werden sollten. Die wahre Ursache dürfte in der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung dieser Stadttheile zu suchen sein. Für die Arbeiterfrau hat eine Markthalle überhaupt nicht viel Verlockendes. Sie geht nach wie vor zu ihrer Grünkrautbinderin. Dort kann sie kaufen, wann sie will, im Nothfalle bis Abends nach 10 Uhr. Sie spart ferner den weiten Weg, sie kann weiter in ganz kleinen Mengen kaufen, und sie bekommt endlich auch die Waare, wenn sie nicht gleich zahlen kann, auf Borg, da sie natürlich als Nachbarin hier eher gelautet wird, als in der Markthalle. Daß diese Bevölkerung schließlich überhaupt nicht konstant genug ist, dürfte als wichtigste Ursache anzusehen sein. Die Arbeiterbevölkerung kann sich selbst der Bericht nicht verschließen. Er spricht von den „seit Jahren im Geschäftsleben herrschenden unglücklichen Konjunkturen“, die auf den Verkehr in den Markthallen eingewirkt haben. Aber um der Arbeiterbevölkerung nicht zu viel Zugehörnisse zu machen, fügt er weislich hinzu: „Die Arbeiterbevölkerung habe noch an den für sie pekuniär höchst nachtheiligen Wirkungen der vorausgegangenen Arbeitseinstellungen zu leiden.“ — Der Magistrat muß es wissen!

Zur Frage der Versicherungspflicht der Semmelbäcker (Brotträgerinnen). Mittels Gesetzes vom 7. Januar 1892 hat sich der preussische Handelsminister damit einverstanden erklärt, daß bis zu einer etwa abzuwartenden Entscheidung des Reichsversicherungsamtes Brotträgerinnen oder Semmelbäcker, welche für bestimmte Bäckermeister Brot u. dgl. austragen und dafür im Gestalt eines von dem Preise der entnommenen Waare bewilligten Rabatts bezw. durch Zantemei gelohnt werden, als versicherungspflichtig nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz behandelt werden ohne Rücksicht darauf, ob diese Brotträgerinnen nicht abgesehene Waare zurückgeben dürfen oder behalten müssen. Nach Ansicht des Ministers dürfte man von der Annahme ausgehen, daß es sich um Arbeiterinnen handle, welche der Bäckermeister zur Erzielung eines besseren Absatzes seiner Waaren beschäftigte und in besonderer Weise lohne. Die Frage, ob nicht abgesehene Waare behalten werden müsse oder zurückgegeben werden dürfe, sei für die Frage, ob ein Lohnverhältnis an sich bestehe, nicht als entscheidend anzusehen. Das Lohnverhältnis selbst werde vielmehr schon durch die Abgabe der Waaren an die Brotträgerin zum Zweck des Vertriebes begründet. Die Gestattung einer Rückgabe nicht abgesehener Waaren habe vielmehr nur Einfluß auf die Höhe des Lohnes, insofern dieser dadurch geschmälert werde, daß der aus dem Verkauf der Waare erhoffte Gewinn nicht in vollem Umfange erzielt werde. Die Altersversicherungspflichtigen scheinen

nun aber die Frage der Versicherungspflicht der Semmelbäcker zu verneinen, falls ein Altersrenten-Anspruch von Brotträgerinnen an sie herantritt. Das Reichsversicherungsamt hat bereits in einem ihm vorgelegenen Falle dahin entschieden, daß die betr. Brotträgerin nicht versicherungspflichtig sei, indem dieselbe als selbständige Gewerbetreibende befunden wurde. Eine gleiche Entscheidung hat nun auch das Schiedsgericht für den Kreis Harburg (Land) gefällt, nachdem die Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt Hannover den erhobenen Anspruch auf Vorkosten einer Brotträgerin zurückgewiesen hatte. Die Gründe für die Entscheidung des Schiedsgerichts sind folgende: Die Klägerin, welche seit etwa 15 Jahren als Brotträgerin für den Bäckermeister Lampe zu Harburg thätig ist, wird mit Recht als selbständige Gewerbetreibende und nicht als Lohnarbeiterin angesehen. Sie holt zwei Mal in der Woche Brot von dem v. Lampe, um es in ihrem Wohnorte Dübbersen und Nachbarschaft zu verkaufen. Die Bezahlung geschieht jedes Mal für die vorhergegangene Brotlieferung nach Abzug des üblichen Rabatts. Kleinen Quantitäten Brotes unverkauft, was durchschnittlich alle 14 Tage einmal vorkommt, so pflegt der Bäcker das Brot zurückzunehmen, ohne daß darüber etwas Bestimmtes abgemacht wäre. Ueber die Person des Käufers hat der Bäckermeister keine Kenntniss, da er der Klägerin nur im Allgemeinen zur Pflicht gemacht hat, die Ortschaften Dübbersen und Emsen mit Brot zu versehen. Würde Klägerin an einem der üblichen Tage, Montag oder Donnerstag, zur Brotabholung nicht erscheinen, ohne dies vorher angemeldet zu haben, so glaubt der Bäckermeister für diesen Tag Schadenersatz fordern zu können. Im übrigen würde der Bäckermeister dann das Geschäft als gelöst betrachten und, um den Brotabsatz in den genannten Ortschaften nicht zu verlieren, seinen Brotwagen dorthin senden. Hiernach sieht die Klägerin in keiner Weise in einem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis zu dem Bäckermeister. Sie hat den selbständigen Verkauf des Brotes für die Ortschaften Dübbersen und Emsen übernommen und ist in Bezug auf die Art und Weise, wie sie denselben betreiben will, völlig unabhängig. Als selbständige Gewerbetreibende unterliegt sie nicht der Versicherungspflicht und ist auch nicht rentenberechtigt.

Gegen die private Wohlthätigkeit macht deren theoretische Vorkämpferin, die bürgerliche Presse, praktisch fleißig Stimmung. Raum ein Tag vergeht, an welchem nicht ein bürgerliches Blatt irgend etwas von einem „reichen Bettler“ zu erzählen weiß, der ein Stück Brot verschmäht, drohende Redensarten ausgeföhlet, oder gar größere Exzesse verübt habe, und die natürliche Tendenz dieser Erzählungen ist die: Man sollte doch seinem Armen etwas geben. Nun wollen wir ja — abgesehen davon, daß wir die Privatwohlthätigkeit in ihrer Wirkung für ungefähr Null halten — keineswegs bestritten, daß es auch dreiste Bettler giebt — die fortwährende Noth macht den Menschen entweder trumpf oder verzweigen; ferner, daß die Privatwohlthätigkeit häufig die Bedürftigen und Würdigsten leer ausgehen läßt — Selbstachtung und Ehrgefühl stränden sich möglichst lange gegen das Ansehen fremder Hilfe. Die bürgerlichen Klassen und Parteien wollen aber für aller Elend nur von einer privaten, individuellen Abhilfe — Selbsthilfe einerseits, Privatwohlthätigkeit andererseits — etwas wissen. Und dabei sucht die bürgerliche Presse doch die Privatwohlthätigkeit abzugraben? Wollen sie für einen unwürdigen Bettler hundert würdige Arme leiden lassen? Das verübt eine Hartnäckigkeit, die aufs schärfste gebrandmarkt zu werden verdient. Indes ist ein großer oder der größere Theil des bürgerlichen Publikums in der That so, wie die bürgerliche Presse es voraussetzt oder wünscht: Die Gebelust ist viel geringer, als bei den Arbeitern, und die auf das Ersehen einer milden Gabe Angewiesenen sprechen je einmal öfter und lieber bei einem Arbeiter an, als bei einem Wohlhabenden.

Eine neue Verordnung über das Schlafstellenwesen ist fobem durch das Polizeipräsidium ergangen. Diese Verordnung, die am 1. April d. J. in Kraft treten soll, enthält folgende Bestimmungen: Niemand darf in den von ihm und seinen Familienangehörigen benutzten Wohnräumen anderen gegen Entgelt Schlafstellen gewähren, wenn nicht die von ihm selbst, seinen Familienangehörigen und den Schlafleuten zu benutzenden Schlafstätten folgenden Anforderungen entsprechen: a. Jeder Schlafraum muß für diejenigen Personen, welche derselbe für die Schlafzeit aufnehmen soll, mindestens je drei Quadratmeter Bodenfläche und je zehn Kubikmeter Luftraum auf den Kopf enthalten. Für Kinder unter sechs Jahren genügt ein Drittel, für Kinder von sechs bis zu vierzehn Jahren genügen zwei Drittel jener Maße. b. Kein Schlafraum darf mit Abtritten in offener Verbindung stehen. Niemand darf ohne besondere Erlaubnis der Polizeibehörde Schlafleute verschiedenen Geschlechts gleichzeitig bei sich aufnehmen oder behalten, außer wenn sie zu einander im Verhältnis von Eheleuten, von Eltern und Kindern oder von Geschwistern stehen. Abgesehen hiervon dürfen Schlafleute, soweit nicht das Verhältnis von Eheleuten, von Eltern und Kindern oder von Geschwistern vorliegt, nur in solchen Räumen zum Schlafen untergebracht werden, welche nicht zugleich für Personen des anderen Geschlechts zum Schlafen dienen. Für jeden erwachsenen, über 14 Jahre alten Schlafgast und für je zwei Kinder muß eine besondere Lagerstätte bereit sein. Dieselbe muß mindestens aus einem Strohflede, einem Strohpflissen und einer wollenen Decke bestehen. Wer Schlafleute aufnimmt, ist verpflichtet, innerhalb einer Woche nach der Aufnahme des ersten Schlafgastes an dem Bureau desjenigen Polizeireviere, in welchem die Wohnung belegen ist, eine schriftliche wahrheitsgetreue Anzeige niederzulegen. Die Polizeibehörde erteilt hierauf dem Wohnungsinhaber nach Prüfung der von denselben vorzuweisenden Schlafräume und soweit die Aufnahme der Schlafleute nach der Polizeiverordnung zulässig ist, eine Bescheinigung, welche in der Wohnung aufzuzeigen und auf polizeiliches Erfordern jedes Mal sofort vorzuzeigen ist. In gleicher Weise muß der Wohnungsinhaber die Namen seiner Familienangehörigen, wie auch seiner Schlafleute auf polizeiliches Erfordern jederzeit angeben. Tritt eine Vernehmung in dem Familienstande des Wohnungsinhabers oder in der durch die polizeiliche Bescheinigung für zulässig erklärten Zahl der Schlafleute ein, oder werden die angezeigten Schlafräume, wenn auch nur theilweise, verringert, so ist eine neue Anzeige unter Beifügung der früheren polizeilichen Bescheinigung erforderlich, auf welche ebenso, wie auf das weitere Verfahren, die Bestimmungen der vorigen beiden Absätze Anwendung finden. Formulare für die Anzeige werden zum Zwecke der sofortigen Benutzung auf den Polizei-Revierbureau unentgeltlich verabfolgt. Mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark wird bestraft, wer den Bestimmungen dieser Polizeiverordnung zuwiderhandelt oder den besonderen polizeilichen Anordnungen oder Aufforderungen Folge zu leisten unterläßt. Das Polizeipräsidium ist befugt, Personen, welche in den letzten fünf Jahren vor Erlaß einer solchen Verfügung wegen Verbrechen oder Vergehens gegen die Sittlichkeit oder wegen Uebertretung der sittenpolizeilichen Vorschriften bestraft sind, oder welche unter Polizei-Aufsicht stehen, das Halten von Schlafleuten zu untersagen.

Eine Hausfuchung fand in der Nacht (1) vom Donnerstag auf Freitag beim Genossen Pütgen aus statt. Tereife erhielt von dem Beamten ein Befragen die Auskunft, daß man einen Flüchtling suche, dessen Name aber nicht genannt wurde; er weiß von einem solchen Flüchtling nichts. Da bald konstatiert wurde, daß keine in die Wohnung nicht gehörige Person dort anwesend sei, so war die Hausfuchung allerdings rasch beendet. Ein zweiter Beamter blieb während derselben vor der Wohnungstür. Eine Hausfuchung in der Nacht ist, soviel wir wissen, ein neuer Fall. Es wird über die Maßnahme, für die auch materiell kein Grund auffindbar ist, Beschränkte gefügt werden.

Großfeuer in der Zentral-Markthalle. Ein furchtbarer gefahrdrohender Brand wüthete gestern Nachmittag um 1/4 Uhr in den Kellereien der Zentral-Markthalle in der Kaiser Wilhelmstraße, der die Sperrung des Gebäudes für den gestrigen Nachmittag sowohl für die Insassen der Halle, wie auch für das Publikum notwendig machte.

Bekanntlich sind unsere Markthallen in ihrer ganzen Ausdehnung unterkellert und hier sind für die Mittagszeit, wie für die Nacht die leicht verderblichen Vorräthe in den übrigens wassernen Räumen, die allerdings nur durch Laternenstrahlen von einander getrennt sind, untergebracht. Auch gestern Mittag wurde die Zentral-Markthalle, wie stets, um 1 Uhr geschlossen und die Verkäufer und Verkäuferinnen hatten nach dem Reglement die Halle verlassen. In den Kellereien dagegen moxen Leute zurückgeblieben und in einem solchen Räume, der in der Markthalle feilgehaltenen Kaufmann gehört und nach der Kaiser Wilhelmstraße zu belegen ist, waren mehrere Männer beschäftigt, Schlingen und Körbe übereinander zu stapeln. Nun soll, wie uns berichtet wird, die Lampe explodirt sein und im Augenblicke schon die leicht entzündbaren Gesetze, Papier und Baaren in Flammen. Anstatt nun sofort die Feuerwehre zu alarmiren — nicht einmal den nachhabenden Hallenbeamten soll Mittheilung von dem Feuer gemacht worden sein — versuchten die Leute auf eigene Faust, den Brand zu löschen, der jedoch mit rasender Schnelle rapide Dimensionen annahm und sich über die anstehenden Kellereien verbreitete. Als endlich gegen 4 Uhr die Feuerwehre der Reibstraße an der Brandstätte eintrafen, war es bereits zu spät; selbst die mit Rauchhelm versehenen Mannschaften vermochten nicht mehr in dem entzündeten Raum vorwärts zu dringen, die Kellereien der gesamten Markthalle waren so verqualmt, daß jeder Versuch, das Feuer dort unten zu bekämpfen, vergeblich war. So mußten oben in den Gängen die Luft- und Pechlöcher eingeschlagen werden, um von da aus mittels Schlauchleitungen das feurige Element zu bekämpfen. Wer bis dahin noch in der Halle gewirkt, mußte dieselbe nun eilends verlassen, der Rauch in der Markthalle selbst wurde so stark, die Verqualmung so furchtbar, daß dunkle Nacht in den sonst hellen Räumen herrschte.

Sehr schlimm waren die Verkäufer daran, die nun nicht mehr zu ihren Verkaufsständen gelangen konnten und deren Waaren zumest dem Verderben durch Qualm ausgeföhlet waren. Die Wenigsten sind versichert und so ist z. B. ein großer Theil der in den Behältern befindlichen Fische abgefordern; nicht viel besser sind die Fleischer und Wilsprethändler daran, deren Stände gerade über dem Feuerherd belegen sind.

Von anderer Seite wird uns noch berichtet:

Das Feuer entstand in den 50 Quadratmeter großen Kellereien des Obgrößen Kaufmann dadurch, daß sich eine Oel- und Petroleumlampe, unter welcher eine Lampe befestigt war, entzündete. Während nun die Feuerwehre alarmirt wurde, war seitens der Markthallen-Beamten mittels eigener Schlauchleitung sofort ein Löscheversuch unternommen worden, jedoch vergeblich. In kaum einer Minute hand der ganze Raum, in welchem viel Stroh lagert, und mit ihm drei benachbarte Kellerverschläge in Flammen. Die Löscharbeiten der Feuerwehre, die nach und nach fast vollständig aus allen Depots an der Brandstätte erloschen, schafften unter Leitung des Herrn Branddirektors Stude sofort Abzug für den gewaltigen Qualm, welcher als eine dicke Rauchwolke über der ganzen Gegend lagerte. Sowohl von der Kaiser-Wilhelmstraße, wie auch von der Neuen Friedrichstraße aus, das ganze Viertel also von Haupteingang zu Haupteingang der beiden Straßenzüge mit insgesamt etwa 60 Kellerverschlägen, war inzwischen in Brand gerathen, wurden die Löscharbeiten mittels 8 Schlauchleitungen, durch Dampf-, Handdruckpumpen und Hydranten gepeist, unternommen. Gegen Abend erloschen, soweit sich die Brandstätte übersehen läßt, eine Weiterverbreitung des Feuers ausgeföhlet, trotzdem wurden der Sicherheit wegen die gesamten Spiritusvorräthe, welche noch der Gontardstraße zu in den Kellern lagen, auf die Straße geschafft. Der Schaden ist ein enormer, die gesamten Waarenvorräthe in den Kellern und der Halle sind, soweit sie nicht durch Feuer vernichtet, durch Qualm verderben. Die Siemen, die sich vor der Halle abspielten, spotteten jeder Beschreibung; fortgesetzt versuchten es Händler und Händlerin in die Halle einzudringen, um Einiges von ihren Habseligkeiten zu retten. Jammern werden die Beamten bestraft, wenn Stände in Brand fielen, achselzuckend können dieselben nur die Anstürmenden zurückweisen. Die Straßenzüge um die Halle waren in weitem Umkreise abgesperrt und ein gewaltiges Schutzmänners-gebölge war erforderlich, um die nach Tausenden zählenden Menschen abzuwehren.

Eine seltsame Angelegenheit wird von den Behörden seit einiger Zeit verfolgt, ohne bis jetzt völlig aufzuklärt zu sein. Die Ehefrau des Widdelpolizes G. in der Dresdenerstraße trankelte, wurde von drei Ärzten behandelt, und ein Dr. W. wandte Salzsäure an. Um 12. vorigen Monats starb die Frau plötzlich. Umlaufende Gerüchte führten zu der Anzeige, daß Frau G. eines natürlichen Todes nicht gestorben sei. Die Staatsanwaltschaft sah sich deshalb genöthigt, vorerst den Inhaft einer Medizinflasche zu beschlagnahmen und dem Gerichtschemiker Dr. Bischoff zwecks Untersuchung zu übermitteln. Nachdem der Befund dahin gelaute hatte, daß es sich um Salzsäure handle, die zu dem Tode nicht geführt haben könne, wurde die Leiche im Noabiter Krankenhaus geöffnet. Hierbei ergab sich die überraschende Wahrnehmung, daß die Magenwände stark in Mitleidenenschaft gezogen waren, so daß eine Vergiftung nicht ausgeschlossen war, ja man glaubte mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen zu können, daß der Tod durch Blausäure herbeigeführt worden wäre. Mit Rücksicht hierauf ist der Magen der Verstorbenen jetzt dem genannten Chemiker zugegangen. Eine Anfrage in dem Hause der Dresdenerstraße hat nun ergeben, daß die G.'schen Eheleute im besten Einvernehmen mit einander gelebt haben, so daß hiernach dem Gemann schwerlich die That zugutragen wäre. Ebenso wenig ist aber auch der Verdacht begründet, daß die Frau selbst das Gift genommen haben könne. Die in vollem Gange befindliche Verfolgung der Angelegenheit beweist sich daher noch in einem unbestimmten Rahmen, bis die chemische Analyse, die in den nächsten acht Tagen beendet sein kann, vielleicht bestimmte Unterlagen geliefert hat. Aus diesem Grunde lassen wir auch vorläufig eine nähere Erörterung der umgehenden Gerüchte außer Betracht.

Falsche Zwanzigmärk- und Thalerstücke. Ein bisher unbekannt gebliebener, etwa dreißig Jahre alter Mann von schlanker Gestalt und mit schwarzem krausem Haar, schwarzem Schnurrbart sowie dunklen stehenden Augen, hat, wie die Staatsanwaltschaft zu Braunschweig mittheilt, zwei in Formen gegossene, aus einer Legirung von Zinn und Blei bestehende Thalerstücke verausgabt, die das Bildniß König Wilhelm's I., das Münzzeichen A und die Jahreszahl 1871 tragen. Ferner hat dieselbe Persönlichkeit wiederholt versucht, ein zinnernes, auf galvanischem Wege verpacktes und dann vergoldetes Zwanzigmärkstück zu verausgaben. Das letztere ist mit dem Bilde des Kaisers Wilhelm II., der Jahreszahl 1888 und dem Münzzeichen A versehen. Der Unbekannte hat sich seiner Bestimmung zu entziehen gewußt. Da wohl anzunehmen sein dürfte, daß jener Mann im Besitze von einer größeren Anzahl solcher Falschstücke ist und diese an verschiedenen Orten abzugeben versucht wird, so ist Vorsicht am Plage.

Im Anschluß an unseren Gerichtsbericht, den wir über die Verhandlung gegen Herrn Dr. de Jonge veröffentlichten, ersucht uns dieser Herr auf Grund des „Preßgesetzes“ mitzutheilen, daß die Behauptung, er habe seinen Bruder in Berlin bedroht, er würde ihn niederstoßen, jeder thatsächlichen Begründung entbehre. — Wir kommen diesem Verlangen um so lieber nach, als uns hierbei die Gelegenheit geboten wird, Herrn de Jonge darauf aufmerksam zu machen, daß eine Verurteilung seinerseits auf das Preßgesetz insofern mindestens als überflüssig

bezeichnet werden muß, als wir ihm zu einer Zeit, wo ihm die übrige Presse verschlossen war, unsere Spalten bereitwillig zur Verfügung stellten.

Der bravsten Genossen Einer, wie allgemein anerkannt wird, der Tischler Hermann Fischer wurde Freitag Nachmittag auf dem Friedhof in Schöneberg zur letzten Ruhe beigesetzt. Wohl an 800 Genossen und Genossinnen gaben ihm das Geleit. Im Alter von 88 Jahren, im besten Mannesalter, unterlag er, wie so viele Tausende unserer treuen Kämpfer, der tödlichen Proletarierkrankheit, der Lungenschwindsucht, als Opfer seines Berufs und treuer Pflichterfüllung gegen seine Familie und die Angehörigen seiner Gesellschaftsklasse. In Anerkennung seiner Verdienste ließen die Genossen des 2. Reichstags-Wahlkreises, der Wahlverein desselben, der Deutsche Tischlerverband, die Werkstätten Weiten, Neue Zeit und Empor, sowie der Stahlbau und die Arbeiterkollegen seines letzten Beschäftigungsortes (Franzen, Bülowstraße) große prächtige Kränze mit roten Widmungsschleifen durch ihre resp. Deputationen niederlegen; daß es sich Angehörige, Freunde und Bekannte nicht nehmen ließen, ebenfalls ihre Zuwendung durch Kranzspenden auszudrücken, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Die Gesänge wurden durch die dem Bund angehörenden Gesangsvereine Frühlingslust, Gerechtigkeit und Frohe Hoffnung ausgeführt. Genosse Antik ermahnte die Beidtragenden in einem kurzen Nachruf an den Verstorbenen, in dessen Sinne weiter zu kämpfen, für die Befreiung der darbenenden Menschheit aus den Fesseln des Kapitals zu ringen und es war den Beteiligten anzusehen, daß ein Jeder mit dem stillen Gelübde davon ging, treu zur Sache zu halten. Das Andenken des Verstorbenen wird weiter leben, Friede seiner Asche.

Folgendes scheidungsgerichtliche Urteil geht uns zur Veröffentlichung zu: Das scheidungsgericht in Sachen Gust. Bodt hat folgendes beschlossen: „Der Möbelpolierer Gustav Bodt hat sich durch seine Handlungen seinen Kollegen gegenüber des Vertrauens unwürdig gezeigt, und die Genossen des scheidungsgerichtes erklären hiermit einstimmig, daß der genannte Gustav Bodt nicht als Sozialdemokrat zu betrachten ist.“ Vorher, Belgisch, Sperber, Franke, Otto — Vertrauensleute der sozialdemokratischen Partei, Berlin IV (Df).

Nizdorf. Am Donnerstag hat der Staatssekretär von Böttcher die Deputation der Arbeitslosen empfangen. Die Audienz dauerte über eine Stunde. Die Deputation ersucht die Arbeitslosen, zahlreich am Sonnabend, den 28. d. M., Vormittags 10 Uhr, im Lokale von Hoffmann zu erscheinen, woselbst die Deputation Bericht erstatten wird.

Zu unseren Artikeln in Nr. 21, welche sich mit der Führer-Vereinsgenossenschaft beschäftigen, theilt uns Herr Scharenberg mit, daß nicht der Genossenschaftsvorstand den Lohnsatz der Berliner Droschkenfahrer für die Unfallversicherung auf 8 M. täglich festgesetzt habe, sondern eine Versammlung der Mitglieder der Sektion 4 — Berlin —, auf deren Entschlüsse der Genossenschaftsvorstand keinen Einfluß habe. Derselbe hätte vielmehr den festgesetzten Lohn von 8 M. ebenfalls für zu niedrig und habe in konkreten Fällen stets die Verletzten darauf aufmerksam gemacht, daß es ihre Sache sei, den höheren Tagesverdienst nachzuweisen. Sofern dies geschehe, erfolge die Rentenfestsetzung nach dem nachgewiesenen höheren Lohnes unter gleichzeitiger Bestrafung des Betriebsunternehmers wegen falscher Lohnangaben. Ferner bemerkt Herr Scharenberg zur Aufklärung, daß die in der Unfallsache Bodt vom scheidungsgericht gefällte Entscheidung, nach welcher die Genossenschaft zur Zahlung einer Rente verurteilt wurde, vom scheidungsgericht aufgehoben wurde und die in dem Gutachten des kgl. Landbau-Inspektors Veltz erwähnten Mängel der „Grümpfstraße für Genesende“ in Nieder-Schönhausen beseitigt sind, diese Anstalt demnach nunmehr makellos da steht.

Jungen gesucht. Der Arbeiter Walter, Görlitzerstraße 87 wohnt, ersucht die beiden Leute, welche gesehen haben, daß er am Abend des 29. November vorigen Jahres an der Ecke der Doppelner- und Brangelstraße blüme an der Erde gelegen hat, sich bei ihm zu melden.

Marktpreise in Berlin am 29. Januar, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kilo, guter von 16,00—15,50 M., mittlerer von 15,40—14,90 M., geringerer von 14,80—14,30 M. Roggen per 100 Kilo, guter von 13,70—13,30 M., mittlerer von 13,20—12,90 M., geringerer von 12,80—12,50 M. Gerste per 100 Kilo, gute von 17,20—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kilo, guter von 15,80—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,30 M., geringerer von 14,20—13,50 M. Stroh, Nicht per 100 Kilo, von — M. Heu per 100 Kilogramm, von — M. Erbsen per 100 Kilo, von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kilo, von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kilo, von 80,00 bis 80,00 M. Kartoffeln per 100 Kilo, von 7,00—4,50 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kilo, von 1,00—1,10 M. Bauchfleisch per 1 Kilo, von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kilo, von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kilo, von 1,00—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kilo, von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kilo, von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück, von 7,00—3,00 M. Fische per 1 Kilo: Karpfen von 2,40—1,20 M. Aale von 3,00—1,00 M. Zander von 2,40—0,90 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,80—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Aale von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück, von 9,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 28. d. M. Nachmittags stürzte ein Dachdecker beim Befestigen des Schnees vom Dache des Hauses Franzstraße 18 auf den Bürgersteig herab und verlor auf der Stelle. — Abends versuchte ein Schlosser in der Wohnung seiner Schwester, in der Petristraße, sich mittels Revolvers zu erschützen, indem er sich einen Schuß in die Brust beibrachte. Er wurde nach der Charité gebracht. — Im Laufe des Tages und in der darauffolgenden Nacht fanden sieben Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Schwindsünderin. Eine Angelegenheit, welche f. z. zu Mordgerichten Veranlassung gegeben hatte, beschäftigte am Donnerstag die VIII. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde die Hofbesitzerin-Chefrau Johanna Deitmann, eine jugendliche, ansprechende Erscheinung, vorgeführt, die eines betrügerischen, hochkapitalistischen Treibens beschuldigt war. Die Angeklagte geriet vor etwa drei Monaten in einen noch schlimmeren Verstand. In dem Hause in der Calovstraße, in welchem die Angeklagte Wohnung genommen, war eine Dame ihre Nachbarin, welche ebenfalls allein hand. Sie verkehrte freundschaftlich mit einander, beide trübten dem Morphiumgenusse in hohem Grade. Eines Morgens wurde die Freundin der Angeklagten tot in ihrem Bette gefunden. Der Verdacht des Mordes, der auf die Angeklagte gerichtet wurde, wich bald der Ueberzeugung, daß die Verstorbenen eine zu große Dosis Morphium zu sich genommen. Gelegentlich der Untersuchung in dieser Angelegenheit wurde den Verhältnissen der Zeitmann aber näher getreten, wobei sich herausstellte, daß sie von Nachen aus wegen Hochverrats verfolgt wurde und auch in Berlin strafbare Handlungen begangen hatte. Die Angeklagte gab an, daß sie die Tochter eines Lübecker Gastwirts sei. In ihrem 17. Jahre habe sie einen 70-jährigen Mann heirathen müssen, nach kurzem Zusammenleben habe sie ihn verlassen und sei auf diesen gegangen. Schon vor ihrer Verheirathung sei sie dem Morphium-

genusse ergeben gewesen. Um bei einer Erkrankung an Gelenkrheumatismus die unerträglichen Schmerzen zu lindern, sei ihr zuerst Morphium verordnet worden; von diesem Zeitpunkt an habe sie sich daran gewöhnt, und das gefährliche Gift sei ihr unentbehrlich geworden. Als sie nach Nachen gekommen sei, seien ihre Mittel erschöpft gewesen. Ueber das Auftreten der Angeklagten in Nachen sind der hiesigen Staatsanwaltschaft arge Sachen berichtet worden. Ende 1890 miethete sie sich dort bei dem Hotelbesitzer Dentron ein. Sie gab sich für eine geschiedene Baronin von Heidenreich, geb. Gräfin Bixthum aus, ihren Mann bezeichnete sie als Kavallerie-Offizier. Der Wirth schenkte ihr auf diese Angaben hin auf 6 Wochen Kredit. Nach Ablauf dieser Frist betrug die Schuld der Angeklagten 404 M. Eine über-schwängliche Phantasie entwickelte die Angeklagte einem Porträtmaler gegenüber, der in ihre Fänge gerathen war. Sie versuchte ihn sogar zu überreden, sein Geschäft zu verkaufen und ihr nach England zu folgen, wo er auf einem ihrer Schlösser herrschen könne, als sei er der Besitzer selbst. Als die ihr vom Wirth gewährte Kreditfrist sich ihrem Ende näherte, zog die Angeklagte es vor, Nachen heimlich zu verlassen. Sie reiste abenteuernd von Ort zu Ort, bis sie Anfang Oktober vorigen Jahres nach Berlin kam, wo sie sich unter dem Namen einer Frau Oberlieutenant Bettmann in der Galvinststraße eine kleine Wohnung miethete. Die Räume mit entsprechender Ausstattung versehen zu erhalten, war für die sicher und elegant aussehende Angeklagte ein Leichtes, die Möbel lieferte eine Firma auf Reihkontrakt, und ein Tapezierer war hoch erfreut, als die „Frau Oberlieutenant“ ihm einen Auftrag in Höhe von reichlich 400 M. erteilte. Der Tapezierer ließ ihr sogar noch 40 M. baar, als die Angeklagte angab, sie müsse in ihrer Beschäftigungslage in Lübeck einen Termin wahrnehmen. Sie versprach, von dort viel Geld mitbringen und dann ihren Verbindlichkeiten nachkommen zu wollen. Wenn der anfänglich etwas dunkle Todesfall nicht dazwischen gekommen wäre, würde die Angeklagte wahrlich eines schönen Tages heimlich davongegangen sein.

Der Staatsanwalt beantragte gegen die Hochkapitalerin, die sich auch vor Gericht als eine höchst egoistische Person zeigte, eine Gefängnisstrafe von einem Jahre drei Monaten, da es in ihrem eigenen Interesse sei, wenn sie auf recht lange Zeit außer Stande gesetzt werde, dem Morphiumgenusse zu fröhnen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Cohnmann, wies auf die nervengravierende und demoralisierende Wirkung des gemohnheitsmäßigen Morphiumgenusses hin und bat, die der Angeklagten als Milderungsgrund anzurechnen zu wollen.

Der Gerichtshof verurtheilte die Angeklagte zu sechs Monaten Gefängnis, wovon 2 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft in Abrechnung gebracht wurden.

Einer der „Edelsten“ Materieellen und moralischen Schiffschrot hat der Angeklagte erlitten, den der Termintitel der 9. Strafkammer, vor welcher er sich wegen wiederholten Diebstahls zu verantworten hatte, als Lieutenant der Reserve und Privatier von Znaedl bezeichnete. Durch welche widrigen Umstände das Lebensschifflein des noch im kräftigen Alter stehenden Mannes auf Klippen und in Untiefen getrieben worden, ist in der Verhandlung nicht zur Sprache gekommen. Der Angeklagte hatte in der Person eines ehemaligen Kameraden und aktiven Offiziers einen ausdauernden Freund gefunden, der sich seiner annahm und ihm mehrere Wochen hindurch Obdach und Unterhalt gewährte. Den Edelmut seines Wohlthäters hat der Angeklagte übel belohnt, indem er denselben vollständig ausraubte und nicht nur Pretiosen und Bücher, sondern auch Wäsche und Bettwäsche stahl und verkaufte. Der Straftäter ist schließlich bei Nacht und Nebel davon gegangen und geriet nun unaußhaltbar in den Abgrund gänzlich moralischer Verkommenheit. In Oesterreich wurde er beim Betteln aufgegriffen und von dort nach Berlin abgeführt. — Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre, der Gerichtshof erkannte aber auf drei Jahre Gefängnis und Ehrverlust auf gleiche Dauer, weil er die bewiesene Ehrlosigkeit der Gesinnung doch für zu groß erachtete.

Reiche Leute flehen nicht, wenigstens keine Kleinigkeiten. Wenn eine reiche Frau eine alte Wäscheleine gestohlen haben soll, so ist das im höchsten Grade unwahrscheinlich: sie wird doch nicht ihre ganze Familie ins Unglück stürzen — oder sie leidet im schlimmsten Falle an Kleptomanie. Wenn alle Stränge reißen, ist die Sache eben nicht aufgelaufen, und Freudenthränen vergießend verläßt die unglücklich Verdächtige den ominösen Raum der Anklagebank. Man höre:

Wegen Diebstahls an einer alten Wäscheleine hatte sich die vermögende Hauswirthin Maria Z. vorgeführt vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Im Hause der Angeklagten wohnte eine Frau M., welche am 1. Oktober ausziehen wollte und etwa 14 Tage vorher ihre gesamte Hauswäsche wusch und auf dem Boden trocknete. Kaum hatte sie die Wäsche von der Leine genommen, als ihr die letztere auf unerklärliche Weise vom Trodenboden verschwunden war. Einige Tage später ließ die Angeklagte ihre Wäsche waschen und auf dem Boden aufhängen. Frau M. behauptete nun, daß die von der Angeklagten dazu benutzte Leine die ihr gestohlene gewesen sei; sie will dieselbe an einer an der Leine befestigten Blomde, sowie an einem rothen Fied deutlich erkannt haben. Als sie die Angeklagte hierüber zur Rede stellte, wurde diese ausfallend, ging aber bald darauf, als sie sich unbedacht wachte, mit einer Schere auf den Boden und schnitt nach der Behauptung der Frau M. das Stück, an welchem sich die Blomde befand, ab. Eine andere Jungin wollte zwar nicht das Abschneiden, wohl aber die Schere in der Hand der Angeklagten gesehen haben. Beide Frauen gingen sofort auf die Angeklagte zu, welche jedoch den Besch einer Schere leugnete, sich aber auch weigerte, ihre Tasche zu zeigen, in die sie angeblich die Schere gesteckt haben sollte. Ein von Frau M. herbeigeholter Polizist stellte fest, daß die Leine an dem einen Ende in der That mit einer Schere durchschnitten worden sei. Als einzige Entlastungszeugin trat eine Frau auf, welche bekundete, daß die Angeklagte nach dem Fortgehen der beiden Frauen ihr sofort die Tasche gezeigt, in dieser aber eine Schere sich nicht befunden habe. — Der Staatsanwalt hielt bei diesem Ergebnis der Beweisaufnahme die Angeklagte für zweifellos schuldig und beantragte die Verurtheilung wegen Diebstahls zu 2 Jahren Gefängnis. M. A. Leop. Meyer führte dagegen dem Gerichtshof vor, daß einer gut situirten, völlig unbedenklichen Frau ein solcher Diebstahl an sich schon nicht zuzutrauen sei. Die Angeklagte würde doch auch mehr als wüthig gewesen sein, wenn sie eine gestohlene Leine unmittelbar darauf in Gebrauch genommen hätte, anstatt den nahe bevorstehenden Auszug der Wäsherin der Leine abzuwarten. Zudem der Verteidiger den Hergang mit der Schere auf eine Sinnestäuschung der Zeuginen zurückführte, betonte er, daß die Angeklagte wegen einer alten Wäscheleine doch gewiß nicht namenloses Unglück über sich und ihre Familie bringen würde. Der Gerichtshof hielt die Sache nicht für genügend aufgeklärt und sprach daher die Angeklagte frei. — Einige Leute flehen eben nicht.

Ob die höhere Bildung des Angeklagten als Milderungsgrund für begangene Diebstahls dienlich? Die Frage drängt sich bei folgender Gerichtsverhandlung auf, welche die „Frankfurter Zeitung“ aus Oberfeld, 24. Januar, berichtet. Ein nächstlicher Kravall mit städtischen Wächtern, der hier f. z. viel von sich reden machte, weil ein Theil der Beteiligten den Offiziersstand angehörte, hatte gestern ein Nachspiel vor der hiesigen Strafkammer. Auf der Anklagebank saßen drei Hauptzeuge, Reserve-Offiziere. Es war ihnen zur Last gelegt: Verurtheilung tathätigenden Armes, Leantennebeligung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. In der Nacht zum 18. August v. J. sah der Revierwächter, nachdem er kurz

vorher gehört hatte, daß an 'ein Feuerschild geschlagen war, wie einer der Angeklagten sich an einer Handhabe zu schaffen machte. Er ging auf die drei Personen zu, fragte, ob sie dort geschäft hätten und bat um ihre Namen. Diese wurden ihm verweigert, und als er nun zur Verhaftung schreiten wollte, wurde er scharf „angefahren“. Auf sein Rothsignal eilten zwar noch ein Wächter und ein Polizist hinzu, allein auch diese konnten anfangs wenig machen. Sie wurden „Lampen“, „Schweinhude“ etc. titulirt, dann brüllte einer: „Wir sind Reserveoffiziere, hätte ich meine Schwadron hier, von Euch Lampen bläse kein Fecht“, und ein anderer schrie: „Sie kriegen keinen mit zur Wache und wenn's 2000 Mark kostet“. Der dritte endlich soll die Polizei „Bande“ genannt haben, was jedoch nicht bewiesen wurde, so daß dessen Freisprechung erfolgte. Die beiden anderen Angeklagten wurden zu 280 und 50 Mark Geldstrafe verurtheilt. — Wie weit müßte die Rohheit der Angeklagten sich vertieft haben, um ihnen auch nur ein paar Tage Gefängnis zu erwirken? —

Soziale Uebersicht.

Achtung, Gewerbegerichts-Kandidaten! Diejenigen der Kandidaten, welche ihre Unterschrift bisher noch nicht vorzulegen konnten, werden ersucht, am Sonntag Vormittag 8 Uhr sich im Restaurant Kehler, Annenstr. 16, einzufinden, oder wenn dieselben geschäftlich oder krankheitshalber verhindert sind, Beauftragte dorthin zu entsenden, um Formulare in Empfang zu nehmen. Die Kandidaten, welche ihre Unterschrift bis zum 1. Februar d. J. nicht vorzulegen haben, können nicht mit auf die Kandidatenliste, gesetzt werden.

Die Ersatzkandidaten bei denen obiges zutrifft, müssen ebenfalls erscheinen.

Aus der 1. Gruppe fehlen noch die Unterschriften von 8; aus der 2. Gruppe von 3; aus der 3. Gruppe von 10; aus der 4. Gruppe von 12; aus der 5. Gruppe von 5; aus der 6. Gruppe von 8; aus der 7. Gruppe von 4; aus der 8. Gruppe von 1 und aus der 9. Gruppe von 5 Kandidaten.

Da die Aufstellung der Kandidaten in nächster Woche stattfinden soll, so ist es unbedingt nöthig, daß die Kandidaten, welche noch nicht unterschrieben haben, Sonntag Vormittag von 8 Uhr ab erscheinen.

Ferner ist noch mitzutheilen, daß am Mittwoch, den 1. Februar, Abends 8 Uhr, bei Gensel, Invalidenstr. 1, eine öffentliche Arbeitgeber-Versammlung zur Aufstellung von Gewerbegerichts-Kandidaten stattfindet.

Außerdem sei nochmals auf die Ablieferung der „Sammelblätter für die gemapregelten Pferdeabgabenbeiträge“ — soweit darauf gezeichnet ist — aufmerksam gemacht.

Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streit-Kontroll-Kommission.
Im Auftrage:
Germann Faber, SO., Grünauerstr. 4, D. L.

Achtung! Filzschuharbeiter! Die Sperre über die Filzschuhfabrik von M. Christ, Bernauerstraße 88, ist aufgehoben, da die Arbeiter den früher gehaltenen Lohn wieder bewilligt erhalten und somit wieder zu arbeiten angefangen haben.

Die Lohnkommission der Filzschuharbeiter Berlins.

Achtung! Schneider und Schneiderinnen! Nachdem in der letzten Werkstatt-Delegirtenversammlung zu den Lohnbrückerleuten in unserem Gewerbe Stellung genommen wurde, beschloß man, die weiteren Schritte der nächsten öffentlichen Versammlung zu überlassen. Diese tagt am Montag, den 30. Januar, in den Armuthallen, Kommandantenstr. 20. Kollege August Lätzerow hält das Referat über das Thema: Gebeten wir zum nächsten Frühjahr Forderungen an die Unternehmer zu stellen und welche?

Kollegen! Kolleginnen! Ihr Alle wißt, wie schwer die gegenwärtige Krise auf uns laftet, wird doch fort und fort Eure Lebenshaltung vom Unternehmertum bis auf's Neueste herabgedrückt! Es gilt, jetzt darüber zu entscheiden, ob wir uns derartiges noch länger gefallen lassen können. Zehle daher niemand in dieser Versammlung.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Für Töpfer! Nach einer Mittheilung der Zeitschrift „Der Töpfer“ ist Junag fernzuhalten nach Koswig wegen bedeutender Lohnherabsetzung, Harburg (Seifert), Zwickau (Scholz), Stettin (für Werkstubearbeiter) und für Ostseher nach Prag.

Krankenkassenwesen. Auf Grund des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes ist der Wiesfelder Krankenkasse vereinigt Gewerbe- und der Allgemeinen Tischler-Gesellen-Krankenkasse in Wiesfeld die Befreiung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe der Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Gesetzes genügen.

Arbeitslosen-Versammlungen haben weiter stattgefunden in Mainz, Kiel, Wandsbeck, Hlensburg. In Wandsbeck hat der Magistrat versprochen, je 25 Mann auf zwei Tage mit dem Wegschaffen des Schnees zu beschäftigen; im übrigen erklärte er, es sei nicht Sache des Magistrats, für Arbeitslosigkeit aufzukommen. Durch die Arbeitslosen-Statistik, die in einer früheren Versammlung aufgenommen worden, sind 250 Verheirathete (mit 692 Kindern) und 134 Ledige als beschäftigungslos ermittelt worden, wozu durch Ausnahme in einer späteren Versammlung noch 116 Arbeitslose kommen, so daß die Zahl der ermittelten Arbeitslosen, d. h. der, die sich selber melden, in Wandsbeck nicht weniger als 500 beträgt. In Bremen wurde am Mittwoch eine Arbeitslosen-Versammlung abgehalten, die von 2500 Personen besucht war. In einer Resolution tadelte man, daß der Senat zur Vinderung des Arbeitsstands nicht genügend Mittel zur Verfügung stellte, obwohl für weniger wichtige Angelegenheiten große Summen bewilligt worden wären.

Die abgelegten Bergleute des Saarreviers faßten, wie „Schlagel und Eisen“ berichtet, in einer am 20. d. M. in Wilsdorf abgehaltenen Versammlung folgende Resolution:

1. Wir protestiren dagegen, daß man den Streik, in den wir getrieben wurden, sriool vom Zaune gebrochen“ nennt.
 2. Wir protestiren dagegen, daß man den wieder ansetzenden Bergleuten zumuthet, aus dem Reichsverband auszutreten.
 3. Wir protestiren dagegen, daß wir, die durch die Arbeitseinstellung nur ein uns zusteheendes gesetzliches Recht ausüben, jetzt dieserhalb aus der Arbeit entlassen wurden.
 4. Wir protestiren dagegen, daß der Staat als Arbeitgeber dieselben Grundsätze an wirtschaftlichen Leben anwendet wie jeder prozige Großkapitalist, und verlangen für den Fall, daß die mit einem Abwehrscheine Bedachten nicht wieder angelegt werden, daß der Staat, dem gegenüber wir jeder Zeit unsere Pflicht thaten, für unsere Familien sorgt.
- Wir erklären, daß wir uns selbst wohl durchbringen können, jedoch nicht unsere Familien. Entweder uns antegen, oder Sorge für unsere Familien tragen. Die Entscheidung überlassen wir nun den Behörden.
- In den Bureau der Grubenverwaltungen wird man für

diesen Schrei aus tiefster Noth wohl nur ein höhnisches Lächeln übrig haben.

Zu der lehrtaufgeworfenen Frage wird der „Frl. Bg.“ aus dem Saarrevier gemeldet: In Befolgung des Rathes, den zur Zeit, als während des Ausstandes der Bergleute die Meldungen von der Ertheilung der Arbeitshefte seitens der Bergbehörde an eine Anzahl Ausständiger sich mehrten, verschiedene Redner diesen gaben: ihre Familien der Gemeinde zur Unterhaltung zu überlassen und nach Amerika auszuwandern, meldeten sich, wie man hört, einige Tage wöchentlich einige 30 Bergleute von Herrenloh bei Dudweiler auf dem Bürgermeisteramte lehrtaufgenanntes Oede mit dem Ersuchen, ihnen Auswanderungskonfession zu ertheilen. Die Ausstellung solcher wurde jedoch erweigert.

Arbeit will man den Leuten nicht geben, auswandern sollen sie auch nicht — was sollen sie beginnen?

Unterm weißen Schrecken! 4600 Bergleute sind nach Angabe der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ im rheinisch-westfälischen Revier aus Mangel geworden. Die Auswanderungskommission ersucht nun die Bergleute, allerorts Versammlungen abzuhalten, um zu den Auswanderungen und den geforderten Forderungen der Bergleute Stellung zu nehmen. Ferner findet in Bochum am 2. Februar eine große Bergarbeiter-Versammlung statt, zu welcher möglichst alle Delegirten Rheinlands-Westfalens Delegirte entsenden sollen.

In Brüx (Böhmen) wurde dem Bergarbeiterblatt „Glück auf!“ der Rufus konfiszirt, in welchem zur Unterstützung der rheinisch-westfälischen Bergleute aufgefordert war. Das österreichische Postgesetz bot zu diesem niederträchtigen fiskalischen Akt die Handhabe.

Verfassungen.

Eine öffentliche Versammlung der Barbier, Friseur und Perrückenmacher tagte am 26. Januar. Dr. Radel hielt in derselben einen befähigt aufgenommenen Vortrag über die Ortskassen dieser Berufe und die freie Arztwahl, in welchem er zahlreich darlegte, daß die Befürchtung, es werden der Kasse durch diese Einrichtung höhere Kosten als bisher erwachsen, in keiner Weise zutrifft. Von verschiedenen Rednern wurde energisch die Forderung erhoben, die Generalversammlungen auf eine passendere Zeit zu verlegen und dieselben im „Vorwärts“ zu annonciiren. In einer Resolution erklärte sich die Versammlung mit dem Beschlusse einverstanden und versprach, dafür zu sorgen, daß die freie Arztwahl bald in der Orts-Kassenkasse der Barbier etc. eingeführt werde.

- Freiwirtschaftliche Gemeinde in Berlin.** Sonntag, den 29. Januar, Rosenhaldenstr. 29, Vormittags 10 Uhr, Herr Bogtner: Freiwirtschaftliche Bewegung.
- Verein ehemaliger Schüler der 30. Gemeindefchule.** Sonntag, 9 Uhr, bei Wirt, Rappstr. 69, Vortrag des Herrn Lehrer Kahl über „Virtutes Licht“.
- Private-Theater-Gesellschaft und Artistenklub „Humor“.** Sitzung Sonntag, den 29. Januar, 8 Uhr, im Restaurant Dietrich (früher Lehmann), Alexandrinerstr. 22. Besprechung über Vergnügen. Nach der Sitzung, Gleditsch, Tanz.
- Kranken- und Begräbniskasse des Vereins sämtlicher Gefesellen.** Sonntag, den 29. d. M., Abends 8 Uhr, bei Wölschläger, Blumenstraße 78. Wahl des Ausschusses. Sonntag, den 29. d. M., Nachmittags

4 Uhr, in demselben Lokal Versammlung wegen einer wichtigen Besprechung. **Vergnügungs-Verein deutscher Einigkeit.** Sonntag, den 29. Januar, Nachmittags 4-6 Uhr, Sitzung mit Damen, nach der Sitzung Spielabend im Lokale des Herrn Keller, Rappstr. 69.

Ethiologische Gesellschaft. Sonntag, den 29. Januar, zwei Versammlungen: 1. Kommandantenstr. 20, Vortrag des Genossen Dietrich „Hegen-Prozesse“; 2. Grenadierstr. 22, Vortrag des Genossen Rudolf Köhler „Die Pariser Kommune 1871.“ Nach beiden Versammlungen gemeinsames Beisammensein und Tanz.

Neuer Berliner Handwerker-Verein. Sonntag, den 29. Januar, Abends 9 Uhr, Vereinsversammlung bei Cohnmann, Wilmstr. 11. Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Waidel-Waunisse, Thema: Goethe's Märchen und Gesetze.

Kiedorf, Sozialdemokratischer Verein Vorwärts. General-Versammlung am Dienstag, den 31. Januar, im Lokale des Herrn Hoffmann, Bergstr. 123. Abends 8 Uhr, Vortrag des Genossen Judent „Die herrschende wirtschaftliche Krise“.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, Abends 8-10 Uhr. Süd-Schule, Hagenbergstr. 43: Unterricht in Deutsch (unt.); Süd-Ost-Schule, Reichensbergerstr. 123: Unterricht in Biologie; Ost-Schule, Wilmstr. 21: Unterricht in Rechnen (unt.); Nord-Schule, Mauerstraße Nr. 175a: Unterricht in Buchführung und oberes Rechnen. In alle Fächer können noch Schüler und Schülerinnen auch jetzt im Laufe des Semesters eintreten.

Deutscher sozialdemokratischer Leseklub in Paris. Aus St. Honoré 214, Cafe du Lion bei Velfort. Jeden Sonntag öffentliche Versammlung; reiche Bibliothek, Zeitungen, französischer Unterricht. Der deutsche Arbeiter, der fremd nach Paris kommt, findet hier einen Anknüpfungspunkt, Rath und Beistand.

London. Der einzige hiesige sozialdemokratische Verein Londons, der alle, von Karl Marx und Friedrich Engels 1840 begründete Arbeiter-Bildungsschulen enthält, befindet sich nach wie vor 49 Tottenham Street, Tottenham Court Rd., London.

Arbeiter-Gesundheits-Verein und Jugend. Alle Versammlungen im Vereinslokal sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstraße 70. Sonntag, Abends 9 Uhr: Übungskunde. Aufnahme neuer Mitglieder. Grane Eiche, Nibel, Hermann und Ankefiedelstraße-Ende bei Wirt. — Urania, Sandbergerstraße 31 bei Ruchold. — Sanges-Ges., Mannstr. 66, bei Judent. — Freundschaft 2, Heidenstraße Nr. 43 bei Kollmer. — Glück zu, Haldenstr. 4, Victoria-Garten. — Zeltow in Zeltow, Schwarzer Adler. — Gemeralda, Fruchtstr. 21 bei Wog. — Viedertraun in Brandenburg, Mengert's Holzgarten. — Hand in Hand 2, Friedrichsberg, Friedrichsbergstr. 11 bei Heineke. — Gesundbrunnen Bismarckher, Gesundbrunnen, Prinzen-Allee 10. — Gefangenen „Gruberhand“ in Schönwalde (in der Markt) bei Schulze. — „Frisch auf“ Friedrichsberg, Manteuffelstraße bei Wirt. — „Vorwärts“ Manteuffelstr., bei Wogemann. — Gefangenen „Immergrün“, Ziegel, Schloßstraße bei Schulz.

Band der gefelligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Alle Zuschriften, den Band der gefelligen Arbeitervereine betreffend sind zu richten an: H. Hentel, Bergmannstr. 21, Hof 3 Tr. Sonntag: „Internationale“, bei Kramer, Nibel, Hermann, Hermannstr. Nr. 140. — „Tambour“ Verein „Vorwärts“ Kiedorf, Hermannstr. und Manteuffelstraße-Ende bei Wirt. — „Tambourverein Deutsche Eiche“ bei Niederich, Haldenstr. Nr. 7. — „Gefelligen Verein „Nord“ bei Krüger, Haldenstr. Nr. 6. — „Gefelligen Verein „Gut Gott“, Neue Königstraße Nr. 29. — „Gefelligen Verein „Italia“ bei Wirt, Kolbergerstraße 22. — „Gefelligen Verein „Jugendfreunde“ bei Schulz, Wenzelallee und Trödelstr. — „Vergnügungsverein Helgolands 2“ bei Wirt, Trödelstr. 37.

Gesang, Lese- und gefellige Vereine. Sonntag, Post Nibelstr. 112, im Lokal des Herrn Spindler, Reichensbergerstraße 112, Gde. Hagenbergstr.

Zumverein Gesundbrunnen. Die 2. Männerabtheilung turnt heute von 8-10 Uhr in der Turnhalle, Freiwilligerstr. 29.

Wohnverband Germania jeden Sonntag im Monat bei Leidsch, Königsbergerstr. 22. **Freiwirtschaftliche Gemeinde** „Schnepfische“, Abends 8 Uhr bei Schulz, Brunnenstr. 116. — **Zustreuer Verein** Berlin Nr. 7 jeden Sonntag nach dem 1. und 16. Abends 8 Uhr bei Wirt, Köpenickerstraße 68. — **Zustreuer Verein** Berlin Nr. 10 jeden Sonntag nach dem 1. und 16. Abends 8 Uhr bei Wirt, Köpenickerstraße 68. — **Vergnügungsverein Lustige Lehrer** Abends 8 Uhr bei Wirt, Köpenickerstraße 68. — **Vergnügungsverein Carmen Sylva** Sitzung 8 Uhr im Restaurant von O. Wirt, Wilmstr. 11. — **Gefelligen Verein „Länder“** jeden Sonntag 8 Uhr bei Wirt, Trödelstr. 16. — **Vergnügungsverein „Paradis“**, Sitzung mit Damen Sonntag, Abends 8 Uhr, Blumenstr. 46 bei Wirt, Nibelstr. 112. — **Vergnügungsverein „Orgel“**, Sitzung 8 Uhr, bei Wirt, Köpenickerstr. 68.

Stoffklub Cordischer Knoch, jeden Sonntag 9 Uhr bei Carl Schilling, Büdlerstr. 66. — Dansk Forening Preia (Dänischer Verein Preia), Lindenstr. 106 bei Wog. — Verein ehemaliger Schüler der 30. Gemeindefchule, Abends 9 Uhr, Restaurant Wirt, Rappstr. 69. — Gefelligen Verein Italia, jeden Sonntag im Restaurant Wirt, Kolbergerstr. 22.

Stoffklub Kreuzdube bei Straer, Wilmstr. 22. — Stoffklub Revolution Abends Reichensbergerstr. 73, bei Kaufmann. — **Schaffkopf-Klub „Gruber“** fette tagt jeden Sonntag Abends 9 Uhr bei Wirt, Manteuffelstraße 77a. — **Kortklub Kulle** tagt jeden Sonntag und Montag im Restaurant Humboldtstr. 22a. — **Stoffklub Blauwe Blause**, jeden Sonntag bei Wirt, Trödelstr. 2.

Touristenverein Wand er (u) Abends 9 Uhr im Restaurant Wirtlicher Hof, Admiralsstr. 106.

Briefkasten der Redaktion.

Anfrage. Die Adresse ist: Robert Seidel, Redaktion der „Arbeiterstimme“, Zürich.

W. V. Wirkenstr. Ihre Vorschläge werden in Erwägung gezogen werden.

H. K., Tapezier. Dem haben Sie aber mal ordentlich sein Fett gegeben. Er ist ganz geknickt.

H. Lohberg, Hannover. War, wie Sie gefunden haben werden, schon von anderer Seite eingegangen. Besten Dank.

Rügenswalder, Vergnügungs-Anzeigen werden in den Vereinskalender nicht aufgenommen, was wiederholt bekannt gegeben worden ist.

Kasius Gambrius Höhr. Für Nichtmitglieder dürfen Sie nicht mehr Geld erheben, wenn Sie nicht Schankkonzession besitzen. Treiben Sie in dem Verein Politik, so müssen Sie die Mitglieder machen, das Statut und die Verordnungen annehmen und sich nach dem Vereinsgesetz richten. Vielleicht hilft Ihnen ein mit der Gewerkschaftsbewegung vertrauter Gesinnungsgenosse bei Gründung des politischen Vereins.

A. und B. Die gebräuchlichere Bezeichnung ist noch heute die Fischotter.

H. W., Chausseestraße. Wir werden Ihre Einsendung bei passender Gelegenheit im politischen Theil veröffentlichen.

G. 65. Der Einwand der Verjährung greift nicht durch. **Verichtigung.** In der fünfteligen Seite des Aufsatzes „Dreibunds-Aktionen in Sicht“ im Hauptblatt der gestrigen Nummer ist zu lesen: Mourco-Doktrin statt Noos-Doktrin.

Briefkasten der Expedition.

Für die Bergarbeiter gingen weiter ein: **Verein der Hülfsarbeiter Berlin** 15,—, **S. S. Holzmalcer** 2,—, **Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlin und Umgebung** 300,—, **H. S. 1,—**, **Verein zur Wahrung der Interessen der Anspolierarbeiter** 30,—, **Für die Bergarbeiter** 2,10, **Stenographenschule Friedrichsberg** 4,—, **Summa** 354,10, **Vereits quittirt** 7326,95. In der Donnerstagsnummer sind 988,10 nur 978,10 quittirt, demnach in Summa 7691,05. — **Verichtigung.** In der Dienstagsnummer soll es statt „Von den gewickelten Arbeitern bei Rutschmann 450“ bei W u f u m a n n heißen. Ferner sind in Nr. 14 unserer Zeitung 50,— von den Plätterinnen Berlin's quittirt, die unter „Verein der Plätterinnen und Berufsge nossen Berlin und Umgegend“ quittirt werden sollten.

Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerbl. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Den Herren Arbeitgebern und den Mitgliedern der Kasse wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Wahlen von Delegirten zur Generalversammlung am Sonntag, den 5. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, für die Arbeiter- und die Abtheilungen I bis IV in folgenden Lokalen stattfinden: **Arbeitgeber:** Grenadierstraße 33 bei Seefeld (100 Delegirte). **Abtheilung I (Südost und Süd):** Mannstr. 27 bei Wirt (31 Delegirte). **Abtheilung II (Südwest, West und Zentrum):** Sebaktianstr. 39 bei Brochnow (84 Delegirte). **Abtheilung III (Nordwest und Nord):** Brunnenstr. 34 bei Cohnmann (50 Delegirte). **Abtheilung IV (Nordost und Ost):** Weberstr. 17 bei Riest (58 Delegirte).

Die Abtheilung V berechnigte Mitglieder (Selbstzahler) wählt am 3. Februar d. J., Abends 8 Uhr, bei Seefeld, Grenadierstr. 33 (30 Delegirte).

Die Wahl ist geheim. Abgabe der Stimmzettel daher von 10 bis 12 Uhr Vormittags, resp. (Selbstzahler) von 8 bis 10 Uhr Abends. Die Stimmzettel dürfen nicht mehr Namen enthalten, als oben für jede Wahlabtheilung die Zahl der Delegirten angegeben worden ist; ferner müssen die Stimmzettel enthalten: Vor- und Zunamen, die Wohnung und die Nummer des Legitimationsbuches der zu Wählenden. Stimmzettel, welche obige Angaben nicht enthalten oder mehr als die Zahl der oben angegebenen Delegirten enthalten, sind ungültig.

Um 12 Uhr Vormittags, resp. um 10 Uhr Abends wird der Wahlakt geschlossen und die Ermittlung des Wahlergebnisses beginnt.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur großjährige Mitglieder, welche das 21. Lebensjahr erreicht haben und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Das Legitimationsbuch ist am Eingang des Wahllokals und bei Abgabe des Stimmzettels vorzuzeigen. Die Herren Arbeitgeber und Betriebsunternehmer werden daher dringend ersucht, den Mitgliedern ihre Legitimationsbücher zum Zweck der Wahl auszuhandigen.

Das Wahlrecht der Mitglieder ist in der Abtheilung auszuführen, in der sich ihre Arbeits-(Betriebs-)stätte befindet. 10005

Berlin, den 22. Januar 1893. Der Vorstand. J. A. A. G. o m m e r t, Wilschestr. 40.

Reelle und billige Uhrmacherei Berlin

Vorkaufs-Exagrospreisen Silber-Remontoir-Uhren v. 13 M. an, goldene Damen-Remontoir, 14 far. Gold, v. 22 M. an. Regulatoren mit Schlagwerk, 14 Tage gehend, von 15 M. an. Wecker von 2,50 M. an. Eine Uhr zu reinigen kostet nur 1 M., bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gesagt. Mariannen-Strasse 50, Ecke der Naunpstr. (früher Stangenstr. 15 part.). **Otto Eieser, Uhrmacher (Fachmann)**

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren, reelle Waare, solide Preise. Ganze Ausstattungen in Mahagoni und Nußbaum. Küchenmöbel in gr. Auswahl empfiehlt 3589L.

Julius Apelt, Sebastianstr. 20 (früher 27/28).

Schuhe u. Stiefel mit Kontrollmarke aus Erjurt empfehlen 35671L.

E. Meyer, Dranienstr. 202, G. Mithke, Kastanien-Allee 88, G. Ferbe, Mitterstr. 114, H. Path, Baldstr. 37, Moabit, W. Vayke, Manteuffelstr. 31, G. Kördel, Forsterstr. 7, A. Anders, Gerichtr. 82, G. Stuchok, Weberstr. 41, G. Müller, Teltowstr. 61, H. Müller, Bergmannstr. 13.

Martin Klein, Uhrmacher, 3544L.

25 Neue Hochstr. 25 empfiehlt sein Lager aller Arten Wand- und Taschen-Uhren. Reparaturen zu soliden Preisen.

Cigarren u. Cigaretten Fritz Gerlach, 3549L.

W. Potsdamerstraße 66. W. Agentur der Gladbacher Feuer- und Glasversicherungsgesellschaft in München.

Alle Uhren 3530L.

werden sauber und sorgfältig reparirt unter Garantie des Gutgehens für 1,50 Mark (außer Bruch) bei **W. Winkler,** Berlin N., Reinickendorferstr. 29, gegenüber der Dankes-Kirche. Lager aller Arten Uhren, Uhrenketten

Mark 100

von der Gewerkschafts-Kommission Brandenburg für die ausgesperrten Bergarbeiter empfangen zu haben, bescheinigt. Altenkessel, den 25. Januar 1893. **P. Schillo.**

Schönherr's Restaurant, 15. Stralsunderstr. 15. 3564L.

Große Zimmer für Vereine. Sonntag früh 9 Uhr frischen Zwiebelkuchen bei Richard Bach, Straßbergerstr. 34, im Keller. 10706

Fleisch Detail-Verkauf A. nachstehenden Engros-Viehholpreisen: Rindfleisch 50-60 Pf., Kalbfleisch 50 bis 60 Pf., Schweinefleisch 55-60 Pf., Hammelfleisch 45-55 Pf.

Holmarktstraße 19, Ecke Reichsstr. Brücke.

Schuhe u. Stiefel mit Kontroll-Marke aus der Schuh-Fabrik Erfurt. Allen Genossen u. Freunden empfehle mein Schuh u. Stiefel-Geschäft. Große Auswahl in Herren-, Damen- und Kinderstiefeln. Bestellungen nach Maß in kürzester Zeit. Reparaturen schnell und billig. **Louis Zaake,** 0548L. Küstriner Platz Nr. 8.

Den besten **Schmalzler Schwarz & Co.,** 35692

Tabakfabrik, Nürnberg.

Sopha Stoff-Neße

in Rigo, Pamaß, Vlasyh spottbillig. Th. Mauerhoff, Berlin, Neue Köpenickerstr. 12. 1075b

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Reklamationen. Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt Blumenstr. 19 Nr. Auch Sonntags

des königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unentgeltlich. Auch Sonntags. 34952

Kanarienvogel 5 M., Wübchen 1,50 M., Heubauer 2,50 M. 66086

Schnelle, Skalkestr. 192.

Alte Stiefel gr. Ausw., Reparatur u. Best. reell u. billig. **Runge, Mannstr. 2.** 1067b

Bekanntmachung. Wir theilen hierdurch mit, daß wir vom 1. Januar 1893 ab den Preis elektrischer Energie für gewerbliche Zwecke auf **20 Pfg. für 1000 Wattstunden** ermäßigt haben. Auskunft wird in unserem Bureau Schiffbauerdamm 22 ertheilt. **Berliner Electricitäts-Werke.**

Grosse Berliner Schneider-Akademie. Berlin C., Rotes Schloss Nr. 1. 3603L.

Größte und einzige Fachschule, welche nach der verbesserten und vervollkommenen Methode des verstorbenen Herrn Direktors Kuhn unterrichtet. Garantie für gründlichste theoretische und besonders praktische Ausbildung in Herren-, Damen- und Wäsche Schneidererei. Auentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis. Empfehlenswerth: Lehrbuch zum Selbstunterricht in der gesamten Damenschneidererei. Man beachte genau unsere Firma und Hausnummer 1. **Die Direktion.**

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren, ganze Wohnungseinrichtungen in Mahagoni und Nußbaum, empfehlen **Gebr. Klink, SW., Friesenstrasse 21. SW.** 3270L

Jede Uhr zu repariren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pfg.** (außer Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Uhren, getragene Uhren von 5 M. an. Neue silb. Cylinder-Remontoirs, 6 Steine, von 14 M. an, do. 10 Steine, von 16 M. an, goldene Damen-Remontoirs, 14 Karat Gold v. 24 M. an. Gold- und Silberwaaren in gr. Auswahl zu Fabrikpreisen 1. Geschäft: Androssstr. 62. **E. Rothert & Stolz,** 2. Chausseestr. 78. 3. Chausseestr. 34. Uhrmacher.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren. Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco. **Berlin S.O., Franz Tutzauer, Spindlerstr. 25.**

Feste Preise. **Uhren und Goldwaaren Max Busse**

157. Invalidenstr. 157, zwischen Markthalle und Ackerstr. **Gegründet 1877.**

Für silberne und goldene Uhren, Regulatoren u. Wecker direkter Bezug. Schweizer Fabrikpreise. Gold-, Silber-, Granat- und Corallenwaaren in massenhafter Auswahl zu den denkbar billigsten Preisen. Die neuesten, geschmackvollsten Muster stets auf Lager. **Platinen silberne und Eisen-Geschenke zu Hochzeits-Geschenken.** 35028

Spezialität: Goldene Ringe. In den Werkstätten werden die besten Arbeitskräfte Berlin's beschäftigt, daher gewissenhafteste Ausführung von Reparaturen an Uhren und Goldsachen bei billigster Berechnung.

Freundl. Schlafst. zu verm. Dranienstr. 52 bei Meyer, Hof 1. 2 Tr. **Sinderwagen.** Größtes Lager Berlin's **Meyer's** Berlin, Brodhaus u. Wucher jeder Art faust **Hannemann, Kochstr. 56.**

Möbl. Zimmer an Genossen zu vermieten. Sing. sep. Rosenhaldenstr. 66, v. 2 Tr. bei Jauf. 1079b